

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 158.

Sonnabend, den 9. Juli 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Sozialismus

und die Genossenschaftsbewegung.

IV.

Die Hannoversche Resolution.

Der Absatz der Hannoverschen Resolution über die Grundanschauungen der Partei, der den Genossenschaften gewidmet ist, erschöpft die Frage nicht, was schon dadurch erklärlich ist, daß es sich um keine spezielle Resolution über die Genossenschaften handelt. Sie spricht nicht von den Produktgenossenschaften theoretisch, sondern stellt Behauptungen auf und legt eine ganz bestimmte taktische Stellungnahme der Partei fest.

Über die Produktgenossenschaften sprachen wir schon — und da sie kein Streitobjekt mehr in der Arbeiterbewegung bilden, erübrigt sich ein weiteres Eingehen. Wir können also zu den Konsumgenossenschaften übergehen, um schärfer einige Gedankengänge hervorzuheben, die für ihre Bewertung in Betracht kommen. Die Behauptung von der Bedeutung der Konsumgenossenschaften und der konsumgenossenschaftlichen Produktion als einer Vorbereitungsform der sozialistischen Gesellschaft, als einer Aushöhlungsform der kapitalistischen Gesellschaft, oder wie die Schlager der revisionistischen Konsumvereinsfreunde sonst noch heißen, sind natürlich Hirngespinnste. Wenn die revisionistischen Theoretiker erklären, daß, weil die politische Macht von der wirtschaftlichen abhängig ist, müsse die Arbeiterklasse, bevor sie sich der politischen Macht bemächtigen kann, die wirtschaftliche durch Gewerkschaften und Genossenschaften schaffen, so vergessen sie dabei, daß die Arbeiterklasse nicht durch ihre Organisation in erster Linie, sondern durch ihre Rolle im Produktionsprozeß zur Totengraberin des Kapitalismus befähigt wird. Wenn sie aber den Beweis für ihre Behauptung nicht durch Schlüsse sondern durch Tatsachen führen wollen, dann phantastieren sie, obwohl sie ihre Phantastien mit Zifferreihen belegen. Das Wachstum der Konsumvereine und ihrer Produktion, es möge noch so groß sein, ist eine Kleinigkeit, verglichen mit der Akkumulation des Privatkapitals und der Entwicklung seiner Produktion. Die konsumgenossenschaftlichen Ziffern, die die Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung als einer kapitalvernichtenden Macht daintun sollen, neben die Ziffern der kapitalistischen Entwicklung gestellt, wie ein Wettrennen einer Schnecke mit einem Automobil an. Würde also der Sozialismus von dieser Vorbereitungsarbeit abhängen, dann würde er mit jedem Jahre in weitere Ferne rücken und insoweit bleibt es bei dem Satze der Hannoverschen Resolution, der besagt, die Partei „mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei“.

Auch die Erklärung, die Partei erachte die Konsumgenossenschaften für geeignet „in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen“, erfordert keine Veränderung, wenn auch eine nähere Begründung nötig ist. Wenn auf dem Hannoverischen Parteitag von mancher Seite gegen diesen Gedanken angekämpft wurde, oder die Sache so dargestellt worden war als handele es sich bei der Verbesserung der Lage der Konsumvereinsmitglieder um die private Angelegenheit der einzelnen Arbeiter, so wird diese Auffassung durch die Entwicklung der Arbeiterkonsumgenossenschaften widerlegt. Die Konsumgenossenschaften heben die Lage eines stillen Teiles der Arbeiterklasse, indem sie ihren Mitgliedern ermöglichen, besser ihren Lohn auszunutzen.

Zur Beurteilung der Konsumgenossenschaften für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse kommt noch ein sehr wichtiges Moment in Betracht, auf welches Kautsky in seiner schon zitierten Broschüre hinweist und das in Hannover gänzlich außer Betracht gelassen war, obwohl es uns speziell, als Partei, angeht: nämlich, daß die Konsumgenossenschaften den Teil des Lohnes, der für Lebensmittel ausgegeben wird, vermindern und dadurch auch bei geringer Lohnhöhe den Teil, der für Kulturbedürfnisse verwendet wird, vergrößern. Diese Gesichtspunkte verlangen bei der Bewertung der Konsumgenossenschaften Beachtung, wenn ihre Unterstützung durch die Sozialdemokratie kein bloßes Zugeständnis an einen Machtfaktor, wie es die Konsumgenossenschaften nun einmal geworden sind, sondern eine Aktion im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterklasse sein soll.

Und hier kommen wir zur schwachen Seite der Hannoverschen Resolution. Sie erklärt, die Sozialdemokratie stehe der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften gegenüber „Neutralität einer Bewegung gegenüber“.

von der wir annehmen, sie sei befähigt, die Lage eines Teiles der Arbeiterklasse zu heben, ist ein Widerspruch. Sie wird nur dadurch erklärlich, daß sie eine Konzession an eine Richtung in der Partei war, die die wirtschaftliche Hebung eines Teiles der Arbeiterklasse durch die Konsumgenossenschaften so verstand, als handle es sich hier um einzelne Personen.

Wir erklären ja auch nicht als Partei — führte Genosse Wolkenbühr auf dem Hannoverischen Parteitag aus — wenn sich irgendein Schuhmacher freimacht, darin liegt eine Forderung des Sozialismus oder nicht. Das ist eine Privatsache. Sehen Arbeiter einen Vorteil darin, gemeinsam einzukaufen, so mögen sie ihn ausnützen. Es ist aber nicht Pflicht der Gesamtheit, sich daran zu beteiligen; denn sonst werden die Mißerfolge der Genossenschaften zu Niederlagen der Partei führen. Wir sind nicht für, nicht gegen die Genossenschaften, sondern behandeln sie als reine Privatsache.

Diesen Standpunkt, der unter alten Praktikern viele Befürworter hatte, machte die Bebel'sche Resolution ein formelles Zugeständnis, obwohl sie ihrem Inhalte nach ihn widerlegt. Die Schwäche der Konsumgenossenschaften erlaubte damals ein beratiges Kompromiß, das jetzt unmöglich wäre. Und ein gewisser damals berechtigter Kern dieses Gedankens erleichterte noch dieses Kompromiß.

Wir haben bisher nicht ohne Absicht immer wieder die Wendung gebraucht, die Konsumgenossenschaften heben die Lage eines Teiles der Arbeiterklasse, wogegen wir immer von der Gewerkschaftsbewegung und dem politischen Kampfe kurzweg sagen, sie heben die Lage der Arbeiterklasse. Dieser Unterschied der Ausdrucksweise weist auf einen Unterschied in der Sache selbst und das war eben der berechtigte Kern der Wolkenbühr'schen Beweisführung. Die Gewerkschaften heben die Lage nicht nur der organisierten Arbeiter. Ihre Errungenschaften kommen auch den Unorganisierten zugute. Der politische Kampf erobert politische Freiheiten, Sozialgesetzgebung usw. nicht nur für die an ihm Beteiligten, sondern für die ganze Arbeiterklasse. Die Wirkung der Konsumgenossenschaften ist dagegen viel enger, im großen ganzen bezieht sie sich nur auf ihre Mitglieder. Denn was auch über den Einfluß der Konsumgenossenschaften auf die Arbeitsverhältnisse in den Fabriken, von denen die Genossenschaften ihre Waren beziehen, gesagt werden mag, so ist er bisher minimal und die Konkurrenzverhältnisse, mit denen die Konsumgenossenschaften rechnen, erzeugen bei ihnen eine gewisse Reserve. So hat z. B. der diesjährige Konsumgenossenschaftliche Kongreß sich in diesen Fragen nur zu frommen Wünschen aufgeschwungen. Dieser Unterschied in der Bedeutung der Konsumgenossenschaften einerseits und der politischen wie gewerkschaftlichen Bewegung andererseits bildet die Erklärung für die Tatsache, daß die Parteipresse sich verhältnismäßig kühl der Genossenschaftsbewegung gegenüber verhält. Von einer Neutralität aber ist schon lange kaum noch die Rede und der betreffende Passus der Hannoverschen Resolution ist somit gegenstandslos geworden. Er wurde ohne theoretische Revision fallen gelassen, denn obwohl die Konsumgenossenschaften nicht die Lage der ganzen Arbeiterklasse heben, wuchs die Zahl ihrer Mitglieder mit jedem Jahre so, daß die Quantität auch hier in die Qualität umschlug. Die Interessen einer Million genossenschaftlich organisierter Arbeiter konnten nicht wie die Interessen „irgendeines Schülers“ behandelt werden.

Aber inzwischen hatte schon der Neutralitätsstandpunkt großen Schaden angerichtet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

70—80 Millionen Defizit!

Eine Berliner Korrespondenz meldet:

Hatte man für die ersten Monate nach Inkrafttreten der Reichsfinanzreform auch erwartet, daß das Bild des Ergebnisses noch nicht einwandfrei einen Überblick über die wahren Verhältnisse aus den neuen Steuern geben könne, so hatte man dennoch in leitenden Kreisen stark gehofft, daß schon der Mai und Juni dem gewollten Resultat näher kommen werde. Diese Hoffnung hat sich, wie wir hören, als trügerisch herausgestellt, und es muß nach den Fehlbeträgen im Juni jetzt als feststehend betrachtet werden, daß das bisherige Manko nicht nur nicht gedeckt werden wird, sondern daß auch die ferneren Monate den Beweis erbringen werden, daß sich die Reichsfinanzreform — um offen zu sprechen — als ein Fiasko herausgestellt hat. Über den schließlichen Fehlbetrag läßt sich bis jetzt natürlich noch nichts Bestimmtes sagen, er dürfte jedoch auf 70—80 Millionen Mark auflaufen.

So sieht das Ergebnis der Finanzkunst des schwarzblauen agrarisch-klerikalen Blocks aus. Wir haben freilich von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß es so kommen wird und so kommen muß. Das krasse Diktantentum, das, über Stock und Stein galoppierend, unter

der glorreichen Führung der Herren Erzberger und Graf Westarp die Spottgeburt zustande brachte, die als „Finanzreform“ ausgegeben wurde, sieht jetzt die Früchte seines leichtfertigen Tuns ausreifen. Natürlich muß das deutsche Volk die Lasten tragen und die Suppe auslöffeln, die ihm agrarische Selbstsucht skrupelloser Art und klerikale Herrschbegierde eingebracht haben.

Der Abg. Erzberger, der sich in der Rolle des freiwilligen Regierungskommissars ganz besonders wohl fühlt, tritt dieser Behauptung in einem Artikel im „Tag“ entgegen mit dem Hinweis darauf, daß nach dem Jahre 1913 eine erhebliche Besserung unserer Reichsfinanzen eintreten werde; er behauptet, das derzeit nicht günstige Ergebnis sei der Tätigkeit des verflochtenen Blocks geschuldet. Vor allen Dingen aber mahnt er, jetzt keine neue Steuervorlage einzubringen, denn das müßte wie Sprengpulver angesichts der kommenden Reichstagswahlen auf die bürgerlichen Parteien wirken.

Sedenfalls ist an einem großen Defizit nicht zu zweifeln, ob es nun 70 oder 80 Millionen sind, darauf kommt es schließlich nicht an. Auf alle Fälle aber besteht die Tatsache, daß die Reichsfinanzreform glänzend Fiasko gemacht hat. Rechnet man dazu, daß die neuen Militärforderungen auch hoch in die Millionen gehen werden, so ist das finanzielle Bild für die nächste Zeit allerdings ein solches, daß man nicht verstehen kann, wie man — nachdem nun einmal nicht gespart werden soll — das alles ohne neue Steuern betreiben will.

Die polnischen Agrarier rüsten zum Kampf um die Erhaltung der Agrarzölle.

Die letzten Jahre waren für die Landwirtschaft des Ostens sehr günstig. Die Erhöhung der Agrarzölle im neuen Zolltarif vom Jahre 1902 im Zusammenhang mit durchweg guten, teilweise sogar sehr guten Ernten, haben dazu beigetragen, daß die Läden der Agrarier sich füllten. Natürlich nahmen auch die polnischen Großgrundbesitzer in der Provinz Posen daran teil. Wie ausgezeichnet ihre Lage ist, das haben unlängst die Auslassungen des kleinbürgerlichen „Kurjer Poznański“ bewiesen, wo es u. a. hieß:

„Das Wohlbefinden der Landwirte äußert sich auch in ihrem Privatleben dadurch, daß prachtvolle Sitze gebaut werden, daß man Wälder besucht und weite Reisen unternimmt, und daß man ein verhältnismäßig bequemes Leben führt. Paläste und ansehnliche Herrensitze schließen jetzt in allen Kreisen aus dem Boden wie die Pilze nach dem Regen, und nicht nur die Magnaten fahren nach der Riviera und in andere schöne Gegenden, sondern auch kleinere Besitzer von tausend und weniger Morgen.“

Die gleiche Tatsache wurde auch in der diesjährigen Generalversammlung des polnischen Landwirtschaftlichen Zentralvereins für die Provinz Posen, der bekanntlich die wirtschaftliche Organisation des polnischen Agrariertums bildet, anerkannt. Der Vorsitzende, Rittergutsbesitzer Dr. v. Sackowski, ein bekannter polnischer Reaktionsär, konnte mit Genugtuung hervorheben, daß die großen Landgüter im Posenschen „immer größere Einnahmen abwerfen“, und da die Agrarier sich dessen bewußt sind, daß sie die Steigerung ihrer Profite den hohen Agrarzöllen zu verdanken haben, so hat Herr Sackowski zugleich, indem er auf die im Jahre 1917 bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge hinwies, seinen Agrarbrüdern Egeraten, „schon jetzt auf die Zukunft bedacht zu sein und zum Kampfe zu rüsten, welcher in nicht zu langer Zeit zwischen dem platten Lande und den Städten losgehen wird, zum Schutze der Interessen der Landwirtschaft.“

Dernburgs Abschied.

Aber den Abgang des ehemaligen Staatssekretärs Dernburg werden noch allerlei Gerüchte verbreitet. So soll Herr Dernburg nicht in Gnade, sondern, wie die „Neue Gesellschaft. Korrespondenz“ behauptet, in kaum verhüllter Ungnade aus dem Amte geschieden sein. Auch sein Wunsch, zum Abschiede noch geadelt zu werden, sei nicht erfüllt worden. — Die Abschiedskonferenz beim Kaiser, die erst auf dringende Befürwortung durch den Generaldirektor Ballin bewilligt wurde und, wie bereits gemeldet, sehr kühl verlaufen sein soll, soll kaum eine halbe Minute gedauert haben. Der Kaiser beschränkte sich auf die Worte: „Ich freue mich, Sie noch einmal gesehen zu haben!“ — Auf der Hinfahrt nach Kiel fragte man Herrn Dernburg, ob er wieder in den Staatsdienst zurückkehren würde. Bernhard Dernburg antwortete: „Im Leben eines jeden Staatsmannes gibt es eine Zeit!“

Reichstags-Vizepräsident v. Hohenlohe tritt zurück.

Der nach Erledigung der Finanzreform unter erschwerenden Umständen zum zweiten Vizepräsidenten des Reichstages gewählte Erbprinz v. Hohenlohe, Hauptmann der Reichspartei, hat sein Amt niedergelegt. Er teilt seinen Entschluß dem Präsidenten Grafen v. Schwerin-Löwis in einem längeren Schreiben mit, in dem er darauf

hinweist, daß er f. Z. das Amt übernommen habe, um dem Gedanken der Wiederannäherung der Block-Parteien zu dienen. Der anfangs gemachte Versuch sei aber durch die Vorgänge bei einer Reihe von Wahlen zum Reichstage und die jüngst veröffentlichte Erklärung des offiziellen Organs der nationalliberalen Partei, die eine erhebliche Vertiefung der Gegenfäglichkeit zwischen den einzelnen Blockparteien gezeigt haben, gegenstandslos geworden. Damit sei auch der innere Grund für seinen Eintritt in das Präsidium fortgefallen. „Glaubte ich“ — heißt es dann wörtlich weiter — „in dieser Entwicklung der Dinge zu hindern sich noch keinen zwingenden Grund zur Überlegung des einmal übernommenen Amtes erblicken zu müssen, so erhohe sich dagegen angesichts des Inhalts und der Wirkungen der Vorermäus-Enzyklika für mich die Frage, ob in der nun entstandenen Lage die Fortdauer meiner Zugehörigkeit zu einem Präsidium, wie es sich durch die parteipolitische Verbindung seiner Bestandteile darstellt, mit den Grundfragen vereinbar ist, die mich bisher im öffentlichen Leben geleitet haben. Ich muß diese Frage nach gewissenhafter Prüfung der erwähnten Tatsachen verneinen. . . .“

Die Antwort.

In der Reichsversicherungsordnungskommission wurde gestern ein Schreiben des Vorsitzenden der Kieler Ortskrankenkasse vorgelesen, in dem sich dieser gegen den Vorwurf des Abg. Pauli-Potsdam wendet, daß er seine Stellung als Vorsitzender der Krankenkasse politisch mißbraucht habe. Der Briefschreiber weist nach, daß er seit 13 Jahren im Vorstand der Kasse ist und seit 10 Jahren wiederholt von den Unternehmern und Arbeitern zum Vorsitzenden der Kasse gewählt wurde. Er würde dieses ihm übertragene Vertrauen gröblich mißbraucht haben, wenn er in der Weise verfahren wäre, wie in der Kommission von einer Seite behauptet wurde. Abg. Pauli erklärt, daß er seinen Gewährsmann genannt habe, und damit dem Vorsitzenden der Ortskrankenkasse die Möglichkeit gegeben ist, diesen vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen. — Der Vorstand der Ortskrankenkasse hat auch untersucht, ob die Beschuldigung des Abg. Schröke (natl.) berechtigt ist, daß die Kasse für die Unterhaltung einer sozialdemokratischen Bibliothek Gelder gegeben hat. Er stellte fest, daß auf Wunsch der Angestellten der Krankenkasse eine Summe von 75 Mk. für Anschaffung von Gesetzbüchern für die Bibliothek des Verbandes der Bureauangestellten bewilligt und der Betrag auch dafür ausgegeben wurde. Abg. Schröke versuchte sich mit der Ausrede aus der Affäre zu ziehen, dadurch könnten für die Bibliothek Mittel frei werden für den Ankauf sozialdemokratischer Schriften. Genosse Schönböck betonte, daß Herr Schröke die Unwahrheit gesagt hat, als er seinerzeit behauptete, die Gelder seien zur Anschaffung sozialdemokratischer Schriften verwendet.

Hanjabund und Reichsversicherungsordnung.

Unter Beteiligung von Vertretern der Industrie, des Handels und des Handwerks hat der Ausschuß des Hanjabundes eine Sitzung abgehalten, in der die Richtlinien für das Verhalten des Hanjabundes zur Reichsversicherungsordnung festgelegt wurden. Zunächst haben die Hanjabünder Bedenken gegen die Zusammenfassung der sozialpolitischen Gesetze, weil der Umfang des Entwurfs die Übersichtlichkeit des Stoffes erschwert. Die Versicherungsämter sind als zu teuer abzulehnen. Ferner ist abzulehnen die Hinausziehung des Mitglieder-Minimums bei den Betriebskrankenkassen. Gegen die Beseitigung der freien kaufmännischen Hilfskassen ist Einspruch zu erheben und deren Erhaltung, sowie Gleichstellung mit den Betriebskrankenkassen zu fordern. Der Ausdehnung der Krankenversicherung auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, unständig Beschäftigte, Wander- und Hausgewerbetreibende wird zugestimmt. In der Frage der Versicherung der Beitragspflicht der Arbeitgeber zu den Krankenkassen kommt im Hanjabund eine Einigung nicht erzielt werden. Ein Teil der Arbeitgeber war bereit, die höheren Ausgaben zu tragen, um auf diese Weise einen größeren Einfluß auf die Verwaltung der Krankenkassen zu erhalten.

Mit den neuen Bestimmungen über die Hinterbliebenen-Fürsorge und über die Zusatzversicherung bei der Invaliditäts- und Altersversicherung ist der Hanjabund einverstanden, zu geeigneter Zeit soll aber eine große Versammlung aller wirtschaftlichen Verbänden vom Hanjabund einberufen werden, und dort wird man dann endgültig Stellung zur Reichsversicherungsordnung nehmen.

Ein gescheitertes Kompromiß.

Für die bevorstehende Erziehung im sächsischen Wahlkreis Fichtelberg war es zu einem Kompromiß zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei gekommen. Man hatte sich auf eine gemeinsame Kandidatur geeinigt, deren Kandidat der freisinnige Landtagsabgeordnete Koch sein sollte. Wie jetzt von verschiedenen Seiten gemeldet wird, ist Herr Koch, der vorher zugestimmt hatte, von der Kandidatur zurückgetreten, mit Rücksicht auf seinen gefährdeten Gesundheitszustand. Durch den Austritt Kochs scheint es aber mit einer gemeinsamen freisinnigen Kandidatur zu Ende zu sein. Blättermeldungen zufolge sollen die Nationalliberalen beabsichtigen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen; andere Nachrichten dagegen sprechen von einer gemeinsamen nationalliberalen Kandidatur. Die Vereinbarungen für die nächsten allgemeinen Wahlen sind nunmehr auch gegenstandslos geworden.

Gegen die Reichswertzuwachssteuer

wendet sich der Ausschuß des deutschen Handelstages in einer Resolution, in der er darauf hinweist, daß das Problem der Wertzuwachsbesteuerung noch nicht hinreichend geklärt und außerdem die praktische Durchführung der Steuer mit so erheblichen steuertechnischen Schwierigkeiten verbunden sei, daß die Kosten der Erhebung einen unermesslich großen Prozentsatz der ohnehin außerordentlich schwankenden Steuererträge in Anspruch nehmen werden. Der Ausschuß hat beschloffen, zur weiteren Beratung der Einzelheiten des Reichs-Gesetzesentwurfes und der Beschlüsse der Reichstagskommission eine besondere Kommission einzusetzen.

„Ditmal wählen wir rot!“

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich Stimmungsbilder über die augenblickliche politische Stimmung des Volkes aus allen Teilen Deutschlands senden und obwohl unter den Schreibern kein einziger Sozialdemokrat ist, berichten doch alle von einem erheblichen Umschwung der Ansichten zugunsten der Sozialdemokratie. In einer der letzten Nummern schreibt zum Beispiel Jan Fegter, der freisinnige Reichstagsabgeordnete aus Friesland:

„Die innere Politik des schwarz-blauen Blocks zeitigt in allen Teilen des Landes Folgen, die von den Konservativen besonders als Frucht der freisinnigen Behartheit bezeichnet werden, während sie doch nichts anderes sind, als die naturgemäße und naturnotwendige Abwehraktion der erwirtschafteten Stände in Stadt und Land, der Bürger, Bauern und Arbeiter gegen eine Politik der Ausbeutung und Zurücksetzung dieser Volkskreise zugunsten einer Minderheit Vorrechtiger. Und wie der Wendel einer stehenden gebliebenen Wanduhr, angehalten zum Wiederangucken, des Uhrwerks, zunächst nach beiden Seiten über das Ziel hinausgeschlägt, so kommt diese impulsive, ich möchte sagen automatisch einsetzende Abwehraktion zunächst der äußersten Linken am meisten zugute, wie der Ausfall der Nachwahl in Uckermark-Uedem-Wollin so recht drastisch beweist. Dort hörte ich aus dem Munde ganz ruhiger, bedächtiger Landleute nicht einmal, sondern duzendmal: „Wir hebt das letzte Mal Wöhlendorffen wählt, ditmal wählen wir rot. Wat de Bündler könnt, dat könnt wi ook. Wenn dere den roten Stimmzettel nehmen wilt, wenn dat nich na ehren Sinn gahn deit, so wählen wi den roten nun. Dat is nun ook nich na unse Sinn gaan.“

Diese Stimmung äußerte sich selbstverständlich verschieden nach der Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Bezirk der Betroffenen, sie äußerte sich auch örtlich verschieden. Ich hatte in allerletzter Zeit Gelegenheit, mich zu informieren über die Volksstimmung nicht allein in meiner engeren Heimat, sondern auch in anderen Gegenden, in Holstein, Schleswig, Mecklenburg, Brandenburg, Pommern, Thüringen, Hessen, Westfalen — überall dieselbe Grundstimmung: So kann, so darf, so soll es nicht weiter gehen; wenn nichts anderes hilft, so wählen wir rot!

Sache der sozialdemokratischen Agitation ist es nunmehr, diese Stimmung auszunutzen und dafür zu sorgen, daß nicht nur diesmal, sondern überhaupt rot gewählt wird. In dieser Agitation muß jedes einzelne Parteimitglied durch mündliche Mitwirkung teilnehmen.

Kein Fortschritt des Fortschritts.

Eins der jüngeren Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei, der Reichstagsabgeordnete Dr. Heinz Potthoff, veröffentlicht im „Berl. Tageblatt“ einen Artikel, in dem er ein recht entschiedenes Bekenntnis zu sozialistischen Grundfragen ablegt. In diesem Artikel tritt Potthoff dem bekannten fortschrittlichen Sozialpolitiker Dr. Fleck entgegen, der in längeren Ausführungen über das sozialpolitische Programm des Fortschritts und sein Verhältnis zu den Hirsch-Dunderschen Arbeiterorganisationen den Satz aufgestellt hatte: „Die Entwicklung der Volkswirtschaft beruht auf dem Arbeitsverhältnis, das heißt darauf, daß diejenigen, die über die sachlichen Produktionsmittel verfügen, auch die Möglichkeit der Verfügung über die notwendigen Arbeitskräfte erhalten.“ Dagegen schreibt nun Potthoff:

Damit erkennt er (Fleck) den Privatbesitz an den Produktionsmitteln als wichtigsten Kulturfaktor an, will ihn auch unbedingt aufrechterhalten und nur die dadurch notwendige „Unterordnung des Arbeiters unter den Produktionsleiter“ daran verhindern, zu einer über den Produktionsprozess hinausgehenden „Herrschaft“ zu werden, die mit der „Grundlage der Staatsordnung, der Gleichheit der Staatsbürger, nicht im Einklang“ steht. Gegen diese theoretische Begründung möchte ich lebhaftest Einwendungen machen und den fleckischen Satz ins Gegenteil verkehren: Nicht darauf beruht die wirtschaftliche Kultur, daß die Besitzer der Produktionsmittel zu Arbeitern kommen, sondern darauf, daß die Menschen, die arbeiten wollen und können, an die Produktionsmittel kommen, deren sie zu der heutigen technisch und organisatorisch weit entwickelten Arbeit bedürfen.

Potthoff verkennt nicht, daß seine Formulierung „einen Anknüpfung an den sozialistischen Zukunftsstaat aufweist“. Er warnt aber die Volkspartei trotzdem vor einem Bekenntnis zum Kapitalismus: „Denn die Entwicklung der Volkswirtschaft hat früher nicht auf dem privatkapitalistischen Arbeitsverhältnis beruht und wird es auch in Zukunft nicht tun.“

In der nationalliberalen Partei sieht Potthoff in der Hauptsache eine Vertretung des gewerblichen Unternehmertums, in der Sozialdemokratie eine Partei, die die Interessenvertretung der Arbeitnehmer sein will. Ob zwischen beiden eine dritte Partei, die Fortschrittliche Volkspartei, auf die Dauer möglich ist, scheint ihm zweifelhaft zu sein.

Wenn aber nicht — was dann? Die Fusion der Volkspartei oder doch ihrer Hauptmasse mit der nationalliberalen Unternehmertumspartei ist nur eine Frage der Zeit. Wohin wenden sich dann jene Elemente des Freisinn, die nicht zu politischen Kommiss der deutschen Trüstmagnaten werden wollen?

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer.

Über die voraussichtliche Ministertätigkeit des neuen Landwirtschaftsministers Freiherr v. Schorlemer schreibt ein „Wohlfahrtsminister“ im „Berliner Tageblatt“:

„Sie wird nach der geschäftlichen, rein ressortmäßigen Seite eine tüchtige, alle gerechten Ansprüche zufriedenstellende sein; Schorlemer als „Berater der Krone“, als Mitlenker des Staatsgeschäftes, als Richter gebend für die öffentlichen Angelegenheiten im modern-großzügigen Sinne, wird schwer enttäuschen. Die „Krone“ wird ihn, nicht er sie beraten.“

Das ist ja ein nettes Bild!

Der Vizepräsidentenposten im preussischen Staatsministerium

„Wie die Korrespondenz „Woth“ meldet, vorläufig nicht besetzt werden. Die Frage der Besetzung sei durch die Neuerwerbungen von Ministern hinausgeschoben worden. Wie es heißt, soll Freiherr v. Rheinbaben für diesen Posten ausersuchen gewesen sein, als das große Revirement begann.“

Die bayerische Steuerreform gefährdet.

Die bayerische Reichsratskammer hatte die Maximallgrenze des Einkommensteuertarifs, die von der Abgeordnetenversammlung auf 5 Proz. festgelegt war, auf 4½ Proz. herabgesetzt. Gegen diese Änderung sträubt sich jetzt die Abgeordnetenversammlung, sie beharrt bei den festgesetzten 5 Prozent. In der Sitzung des Steuerausschusses vom Freitag gab nun Dr. Heim (Zentr.) die Erklärung ab, daß seine Partei unter allen Umständen an den Beschlüssen der Abgeordnetenversammlung festhalte. Dieser Erklärung schlossen sich Dr. Casselmann (Lib.) und Beckh (Freie Vereinig.) namens ihrer Parteien an. Der Finanzminister konnte nicht in Aussicht stellen, daß die Reichsratskammer in der dritten Beratung dem fünfprozentigen Tarif zustimmen werde. Er könne noch — so führte er aus — wenn auch ungern, einen Kompromißvorschlag machen, allein angesichts der Erklärung des Zentrums unterlasse er es. Ihm scheint die ganze Steuerreform damit gescheitert.

Frankreich.

Gegen die Soldatenmißhandlungen.

Seitdem auch Arbeiter Geschworene werden, scheint ein etwas freierer Geist in die Schwurgerichte Frankreichs eingezogen zu sein. Wir erwähnen nur drei politische Prozesse der letzten Zeit: die Freisprechung von Michel Ripis, des zum Lockspitzel gepreßten Revolutionärs, der den Chef der Moskauer Geheimpolizei angeschossen hatte, die Freisprechung von de la Torre und Petit, die angeklagt waren, bei der Ferrermanifestation auf den Polizeipräsidenten geschossen zu haben, und jetzt die Freisprechung von 16 Angeklagten, die wegen Verletzung zur Fahnenflucht, zum Nord usw. vor dem Schwurgericht standen. Der Prozeß hat eine lehrreiche Vorgeschichte und dürfte ein heilsames Nachspiel haben: die Aufhebung der afrikanischen Strafbataillone. Für ähnliche Vergehen, wie die, wofür in Deutschland die Soldaten zur Festungsarbeit und zur Verletzung zu Soldaten zweiter Klasse verurteilt werden, das heißt für Widerstand, Fahnenflucht usw., werden in Frankreich die Soldaten in die afrikanischen Strafbataillone verschickt. Unter der Aufsicht von afrikanischen Eingeborenen und unter der Leitung von minderwertigen Offizieren werden die Unglücklichen zu allerhand stumpfsinnigen Arbeiten in einem für sie mörderischen Klima angehalten. Das Schlimmste sind jedoch die Strafen. Trotz aller offiziellen Ablehnungen ist es notorisch, daß die unglücklichen Soldaten bestialischen Folterungen unterworfen werden. Sie werden zum Beispiel gefesselt auf dem Boden ausgestreckt, unter einem niedrigen Zelt, das den Kopf freiläßt, einen Tag der glühenden Sonne ausgelegt. Oberarme und Beine werden ihnen auf den Rücken zusammengeknüpft. In dieser Stellung bleiben die Unglücklichen, die man knebelt, um ihre Schreie zu ersticken, oft 24 Stunden! Es ist selbstverständlich, daß die armen Lebewesen von ihren entmenschten Vorgesetzten oft grausam mißhandelt werden. Sucht einer sich durch die Flucht seinen Peinigern zu entziehen, so ist es fast sicher, daß er eingeholt und von den Tschausch, den afrikanischen Unteroffizieren, erbarmungslos niedergeschossen wird. Grobes Aussehen erregte im Vorjahre der Tod des Soldaten Vernoult. Genosse Allemane interpellierte den Kriegsminister und konnte nachweisen, daß Vernoult den Mißhandlungen seiner Vorgesetzten erlegen ist. Der Kriegsminister leugnete natürlich. Die Anklagen Allemanes waren jedoch so bestimmt und so genau, daß man nach dem — Angeber fahndete. Als dieser wurde der Soldat Roussel ermittelt und von einem Kriegsgericht zu fünf Jahren Zwangsarbeit in den afrikanischen Strafkolonien verurteilt. Als Antwort darauf plakatierte die jetzt vom Schwurgericht Freigesprochenen — Sozialisten, Anarchisten und Gewerkschaftler — ein Manifest, in dem sie den Soldaten, die zur Verschickung nach Afrika verurteilt wurden, rieten, zu desertieren oder sich gegen ihre Peiniger der Bajonette zu bedienen. — Die Verhandlung, die ein greuliches Bild der begangenen Mißhandlungen entrollte, endete mit der Freisprechung der Angeklagten, mit der Beurteilung der afrikanischen Strafbataillone.

Rußland.

Aus dem russischen Beamtenstumpf. In dem Schwarze-See-Hafen hat die Regierung ein neues Kohlenpanama aufgedeckt. Der Marineminister hatte eine Untersuchung einer verhältnismäßig nichtsagenden Angelegenheit angeordnet. Bei dieser Gelegenheit kamen die größten Mißbräuche bei Kohlenlieferungen zutage. In die Angelegenheit ist eine Reihe von höheren Beamten des Hafens von Sebastopol verwickelt, darunter ein Admiral. Es verlautet, daß das Marineministerium den Fall in die Öffentlichkeit zu bringen gedenkt, da es ihn selbst aufgedeckt hat, ohne durch eine Interpellation dazu gezwungen worden zu sein.

Spanien.

„Ferrer“ im Parlament. Der Genosse Glesias aus Barcelona ergriff Donnerstag im Kongreß das Wort, um in vierstündiger Rede als Augenzeuge die vorjährigen Ereignisse zu schildern. Er betonte, daß die Bewegung sich nicht gegen das Heer, sondern gegen den Krieg in Afrika und das klerikale Regiment gerichtet hätte und durch falsche Polizeimaßnahmen des Gouverneurs provoziert worden sei. Er nagelte die ungeheure Verantwortung der konservativen Partei und die reaktionären Willkürakte Lacieros, deren Schlimmster die von ihm unmittelbar beeinflusste Erschießung Ferrers gewesen sei, fest. Ferrers Verurteilung sei ohne sichere Beweise erfolgt. Die Regierung habe ultramontane Auditeure nach Barcelona geschickt, um ein Verbrechen zu konstruieren, das gar nicht vorlag. Die Rede machte großen Eindruck.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonabend, den 9. Juli.

Achtung, Stuftatene! Über das Geschäft von Friebe & Co. in Lübeck ist die Sperre verhängt. Die Kollegen wollen das beachten. Der Vorstand.

Achtung Maurer und Bauarbeiter! Über den Bau C. Verlies, Ecke Rotlöcherstraße (Strohfabrik) ist wegen Lohnzahlungsschwierigkeiten die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Volk, Reichstag und Regierung.

Ueber dieses hochwichtige politische Thema spricht am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus

Reichstagsabg. Dr. A. Südekum (Berlin).

Arbeiter, Parteigenossen! Sorgt für einen Massenbesuch!

Als „sozialistische Hüpferei“ bezeichnet das an chronischer Stenose leidende Lübeckische Amtsblatt die von unserm Genossen Pablo Iglesias im spanischen Parlament ausgesprochene Meinung, er werde selbst ein Attentat für gerechtfertigt halten, wenn durch ein solches verhindert werde, daß Maura wieder zur Regierung gelange. Maura ist bekanntlich das Haupt der spanischen Finanz- und Volksfeinde; ihm ist auch die von unserm Amtsblatt gebilligte Ermordung Ferrers, des Schulreformators zuzuschreiben. Die Seelenverwandtschaft, die zwischen den spanischen und süßlichen Reaktionen zweifellos besteht, läßt es darum durchaus begreiflich erscheinen, wenn die Lübeckischen Anzeigen in Formblantenhafte Entrüstung über die von vielen geteilte Ansicht eines aufrechten Mannes ausbrechen.

Neue Formulare zu den Befähigungszugängen zum Schiffer auf Küstenfahrt und auf kleiner Fahrt, sowie zum Seefermann sind jetzt vom Reichsanwalt vorgeschrieben worden. Das Zeugnis über die Befähigung zum Schiffer auf Küstenfahrt spricht dem Inhaber die Befähigung zu deutschen Kaufahrtschiffen jeder Größe in der Fahrt auf Watten, Bodden, Föhrden, Flussmündungen, sowie diese zur Seefahrt gehört, sowie auf Tagesfahrten in See auf eine Entfernung von nicht mehr als 50 Seemeilen vom Beginne der Seezunge zu führen. Die Schiffe dürfen aber nicht zur Beförderung von Reisenden dienen. Ferner darf er deutsche Kaufahrtschiffe von weniger als 250 Kubikmeter Bruttoreinhalt sowie Seeleichter jeder Größe in der Fahrt zwischen allen Häfen der Ostsee und Inseln der Ostsee, jedoch ausschließlich der Strecke nördlich von Hagerstrand und Frederikshavn sowie der Umfahrt um Skagen, an der Küste der im Kattegat und südlicher gelegenen dänischen Inseln einschließlich der Insel Bornholm und an der schwedischen Küste von Lysekil bis Kalmar mit Einschluß der Insel Öland führen. Der Schiffer auf kleiner Fahrt darf deutsche Kaufahrtschiffe jeder Größe in der Fahrt auf Watten, Bodden, Föhrden, Flussmündungen, soweit diese zur Seefahrt gehören, sowie auf Tagesfahrten in See auf eine Entfernung von nicht mehr als 50 Seemeilen vom Beginne der Seezunge führen. Ferner kann er deutsche Kaufahrtschiffe von weniger als 600 Kubikmeter Bruttoreinhalt und Seeleichter jeder Größe führen. Wenn er eine Zusatzprüfung und eine zwölfmonatige Fahrzeit als Führer oder auch Steuermann auf Schlepddampfschiffen hinter sich hat, kann er auch Schlepddampfschiffe von 600 bis 1000 Kubikmeter Bruttoreinhalt in der Ostsee, in der Nordsee bis zu 61 Grad nördlicher Breite und im Englischen Kanal führen. Nur der Seefermann kann den Steuermannsdienst auf deutschen Kaufahrtschiffen jeder Art und Größe in allen Fahrten verrichten.

Auswertung von Unglücksfällen. Ein dreifacher Schwindel macht sich zurzeit wieder in den bürgerlichen Zeitungen breit, dem um so mehr entgegengetreten werden muß, als er auf Personen spekuliert, welche ohnehin schon schwer an der Last ihres Unglücks tragen. Es mehren sich wieder die Anzeigen, in denen Trunksuchtsmittel empfohlen werden. Bald ist der Wohnsitz der Firma oder des Instituts in Dänemark, bald in England, zurzeit in der Schweiz mit einer Deckadresse Theodor Konekty in Säckingen. Wendet man sich dorthin, so erhält man ein ganz wertloses Pulver, welches nicht im geringsten die gewollte Wirkung hat, dafür aber 12 bis 20 Mk. kostet. Da nun diese Mittel auf der Geheimmittelliste stehen, machen sich durch deren Anpreisung auch die Redakteure der benutzten Zeitungen strafbar. Daher wählt man jetzt einen Umweg, empfiehlt „Anleitung und Rat“ und sendet gegen Einzahlung von 50 Pfg. eine Broschüre, welche mit erstaunlichem Mangel an Sachkenntnis die Trunksuchtsfrage behandelt, außerdem erhält man aber auch gegen Nachnahme das Pulver. Wer sich vor Schaden bewahren will, der weise solche Sendungen zurück.

Aus dem Gerichtssaal. Vor der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatten sich gestern der Fuhrunternehmer Bartels, der Kutscher S. sowie die Arbeiter W., R. und G. wegen diverser Diebstähle zu verantworten. Bartels hatte seit Jahren die Güterabfuhr von den Lagerhäusern der Kaufmannschaft nach den Kalkuppen und in entgegengekehrter Richtung zu besorgen. Er und die bei ihm beschäftigten Mitangeklagten benutzten nun die Gelegenheit, um sich an fremdem Eigentum zu vergreifen. Besonders tat das Bartels, der Laufplanen, Gardinenstoff, Eisenwaren, Drahtgeflecht, Öl- und Teelöffel, ja sogar einen vollständigen Kollwagen, welcher der Firma Weiners gehörte, entwendete respektive unterschlug. Der Gesamtwert dieser Gegenstände belief sich auf etwa 1200 Mk. Die vier übrigen Angeklagten waren demgegenüber nur Waisentuben; sie eigneten sich aus dem „herrenlosen Gut“, d. h. von den Empfängern nicht abgeholte Waren, die in verschiedenen Schuppen sich im Laufe der Zeit ansammeln, diverse Sachen an. Der Staatsanwalt beantragt gegen Bartels, der zu seiner Rechtfertigung so gut wie nichts anführen konnte, 1 Jahr 3 Wochen Gefängnis und blührligen Ehrverlust; gegen W. 4 Monate 1 Woche, gegen R. 2 Monate, gegen S. 6 Wochen und gegen G. 1 Monat Gefängnis. Das Gericht ging jedoch bezüglich Bartels noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, indem es auf 1 Jahr 4 Monate Gefängnis und blührligen Ehrverlust erkannte. S. wurde zu 3 Monaten 1 Woche, R. zu 2 Monaten, R. zu 1 Monat und G. zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. — Mehrere Überzieher hat der stellungslose Volkereihilfe Dorzitz aus verschiedenen Häusern entwendet und dann verkauft. Deshalb hatte er sich gestern vor der Strafkammer zu verantworten. Obwohl er leugnete, verurteilte das Gericht den D. auf Grund der Beweismittel zu einem Jahr Gefängnis.

Aufgehobene Konkursverfahren. Das Konkursverfahren über die Aktive des Fuhrwerksbesizers Meinerz ist, nachdem der Zwangsvergleich rechtskräftig geworden ist, nunmehr aufgehoben.

Handelsregister. Am 8. Juli ist eingetragen: 1. bei der Firma: Aktienbierbrauerei Lübeck: F. G. S. Schmidt ist aus dem Vorstand ausgeschieden und an dessen Stelle der Kaufmann C. F. W. Müller in Lübeck bestellt; 2. bei der Firma: Hans F. Schwensen, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Vollonanzug. Der Vollon „Lübeck“ unternahm gestern abend eine Nachfahrt. Der Ausflug erfolgte kurz nach 9 Uhr von dem Turnplatz am Kanal beim alten Eisenbahndamm.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern nachmittag 18 Grad, Badeanstalt Falkendamm (Wakenig) 18 Grad.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Die morgige Sonntagsvorstellung: „Der Vettelstudent“ von Müllner gewinnt durch das Doppel-Gastspiel der Herren Eduard Goebel und Willi Bonin ganz besonderes Interesse, das sich auch schon durch rege Kartenentnahme befundet. Sicher wird die Direktion für ihr Verbleiben, nur Gutes zu bieten, durch ein außerordentliches Haus belohnt. Montag bleibt das Theater wegen Vorbereitung zu der Johann Straußschen Operette: „Der Blümelbaron“ geschlossen. Außer Max Treger: „Des Farmers Tochter von Trelador“ ist nun auch noch Tolstois gewaltiges Werk: „Auferstehung“ für das Stadthallentheater erworben.

Herrnburg. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Herrnburg und Umgegend findet am Sonntag, den 10. ds. Mts., abends 8 Uhr, im Hause des Genossen Vohnhoff statt. Da eine sehr wichtige Tagesordnung vorliegt, infolge deren die Anwesenheit jedes Genossen und jeder Genossin äußerst notwendig ist, bitten wir dringend, diese Versammlung zu besuchen.

Hamburg. Zentralisation der Hamburger Ortskrankenkassen. Gemäß des Beschlusses der Versammlung der Vertreter von Ortskrankenkassen am 10. Juni, betreffend Vereinigung der jetzt bestehenden Ortskrankenkassen, wurde in den am 7. Juli stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlungen der Ortskrankenkassen der Schneider, Tischler und Tabakarbeiter nahezu einstimmig, unter Vorbehalt der Genehmigung des ausgearbeiteten Statutenentwurfs durch die Behörde für das Versicherungswesen, die Auflösung dieser Kassen zum 31. Dezember d. J. beschlossen. Der gleiche Beschluß wurde ebenfalls bereits am 4. Juli von den Vertretern der Ortskrankenkassen der Schlosser und Konditoren, und am 6. Juli von den Vertretern der Uhrmacherkasse gefaßt. Sechs Kassen mit zirka 23500 Mitgliedern haben somit, um die Gründung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse in Hamburg zu ermöglichen, ihre Auflösung beschlossen. Auch bei den Vertretern der übrigen, an diesen Zentralisationsbestrebungen beteiligten Kassen dürfte die Einsicht liegen, daß es notwendig ist, durch Eintreten für diese Forderung den jetzt noch bestehenden Kassenpartikularismus zu beseitigen. Sofern die Behörde für das Versicherungswesen dem Statutenentwurf und Auflösungsbeschluß der Kassen ihre Zustimmung erteilt, gilt die Gründung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse zum 1. Januar 1911 mithin als gesichert. — Schiffsuntergang in der Nordsee. Der deutsche Schoner „Gilda“, der mit Ladung nach England bestimmt war, ist auf der Nordsee von einer heftigen Südwest-Regenbö überrascht worden. Durch das heftige Stampfen des Schiffes ist es lech geworden. Die Mannschaft verlor, durch Pumpen das eindringende Wasser aus den Räumen zu entfernen, was aber nicht gelingen wollte. Nun wurde Schiffsrat gehalten und beschlossen, das Schiff zu verlassen. Man begab sich in das Rettungsboot, als das Schiff bereits so tief lag, daß es jeden Augenblick in der Tiefe verschwinden konnte. Dieses Schauspiel erlebten die Leute nach etwa einer Viertelstunde, als sie sich von dem Schiffe schon genügend weit entfernt hatten. Die Schiffbrüchigen waren in ihrem Boot nun ein Spiel der Wellen. Das schlechte Wetter legte sich aber bald, und so wurden die Leute von dem nach England fahrenden russischen Dampfer „Arcturus“ aufgesammelt, der die Geketteten nach Hull brachte und dort landete. An Bord des Dampfers sind die Schiffbrüchigen gut aufgenommen worden.

Altona. Künstliche Verfrachtung. Den Saloninhabern usw. in Altona und anderen schleswig-holsteinischen Städten ist vom Polizeiamt folgende Verfügung zugestellt worden: Nach § 11 Absatz 4 der Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 20. Februar 1906 müssen Tanzlustbarkeiten in Gasthäusern, Schankwirtschaften und sonstigen Vergnügungsorten, auch wenn sie in geschlossenen Gesellschaften stattfinden, spätestens um 12 Uhr nachts geschlossen werden.

Diese seit einigen Jahren hier nicht mehr angewandte Bestimmung ist auf Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten wieder in Anwendung zu bringen. Hiervon werden Sie in Hinblick auf die an Sonnabenden bei Ihnen stattfindenden Lustbarkeiten hiermit in Kenntnis gesetzt.

Das Polizeiamt. Damit spricht das Polizeiamt ganz von selbst aus, daß es gleichfalls eine Gesetzesverletzung begangen hat, indem es eine nach seiner Meinung rechtsgültig bestehende Verordnung jahrelang nicht zur Anwendung gebracht hat, wozu es doch verpflichtet gewesen wäre. Die Verordnung soll übrigens auf Anregung der Kirchenvorstände und Pastoren beim Regierungspräsidenten erlassen worden sein, die die Ursache des schlechten Kirchenbesuchs an Sonntagen auf die Festlichkeiten am Sonnabend abend zurückzuführen wollten. Zunächst ist doch wohl erst einmal im Verwaltungsstreitverfahren festzustellen, ob der Oberpräsident die Befugnis hat, eine so mittelalterlich bevormundende Anordnung zu erlassen.

Die beteiligten Kreise wollen den Rechtsweg hiergegen beschreiten. Die Betroffenen hierbei sind natürlich nicht die Wirte allein, sondern auch die große werktätige Masse, denen der Sonnabend am geeignetsten für Festlichkeiten liegt. — In Lübeck vertritt die „hohe Obrigkeit“ den rückständigen Standpunkt, zu dem man jetzt in Altona kommen will, schon lange, indem sie an Sonnabenden Tanzlustbarkeiten, die bis nach 12 Uhr dauern, nicht gestattet. Wenigstens bei Arbeitervereinen.

Kiel. Das Schwurgericht verurteilte gestern den Postagenten Schröder aus Hemme in Norddithmarschen wegen Unterschlagung amtlicher Gelder zu neun Monaten Gefängnis. Schröder war nach Kopenhagen flüchtig geworden, hatte sich aber später selbst gestellt.

Barth. Für den Reichstagswahlkreis Mecklenburg III (Barth-Ludwigslust) wurde von Konservativen und Büdler Professor Dr. Lade-Berlin als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt. Zeitiger Vertreter des Wahlkreises ist der Fortschrittler Nachnick.

Oldenburg. Eine Vogelfotografie vor dem Oldenburger Landgericht. In der Klagesache der Dönerischen Brauerei in Oldenburg gegen die Vogelfotografie- und Gewerkschaftskommission, welche unter anderem auf eine Entschädigung von 6000 Mk. hinzielt, beschloß am 5. Juli das Landgericht, über die Verhandlungen zwischen der Brauerei und den Arbeitern eingehende Beweiserhebung anzustellen und zu diesem Zwecke den Prozeß auf unbestimmte Zeit zu vertagen. — Ferner beschäftigte sich das Gericht mit einem Antrage von klägerischer Seite, zu der getroffenen einstweiligen Verfügung des Landgerichts, welche die Bekanntgabe derjenigen Wirte und Händler, die befohlenermaßen Bier beziehen, unter Androhung von Strafe verbietet, eine Ergänzung zu treffen, nach der verboten werde, den Bierwagen zu folgen (!), um die genannten Wirte festzustellen. Die beiden juristischen Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Meyer für die Brauerei, Rechtsanwalt Wigger für die Gegenpartei, führten einen heftigen Kampf in dieser Angelegenheit. Nach kurzer Beratung wurde vom Gericht verkündet, daß am 12. Juli das Urteil in dieser Sache erfolgen sollte.

Bremen. Wer andere an freiwilliger Arbeit hindert... Um die Arbeiter wider ihren Willen an seinen Betriebe zu fesseln, hat der Unternehmer H. Dewers in Rönnebeck eines der verwerflichsten Mittel gewählt, wie aus nachstehendem Briefe ersichtlich ist. Der an einen Betriebsingenieur des Bremer Vulkan gerichtete Brief hat folgenden Wortlaut:

Bismarckstr. 13, Juni 1910.
Sehr geehrter Herr...
Mit Gegenwärtigem gestatte ich mir, einliegend die Bitte der in meinem Betriebe beschäftigten Dreher zu behändigen. Es wäre mir angenehm, wenn Sie von diesen Leuten keinen einstellen würden. Auch ich würde mich verpflichten, von Ihren Leuten keinen einzustellen. Heute ist wieder einer namens... aufgehört mit dem Bemerken, er ginge zum Bremer Vulkan. Ich möchte Sie bitten, diesen Mann nicht einzustellen, auch wenn er erst nach Wochen kommen sollte. In der Hoffnung, daß es unter beiderseitiges Bestreben bleiben wird, sich in dieser Hinsicht gegenseitig zu nützen, schließt
mit Hochachtung und Gruß
Ihr ergebener H. Dewers.

Die Dreher der Firma H. Dewers wissen nun, an wen sie sich zu halten haben, wenn sie anderwärts keine Arbeit bekommen sollten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß außer dem Bremer Vulkan auch noch andere Unternehmer von dem Wunsche des Herrn Dewers unterrichtet worden sind.

Schiffsnachrichten.
In Travemünde angekommene Schiffe.
Freitag, den 8. Juli.
D. Agir, Kap. Javorin, von Helsingfors in 62 St.
D. Lübeck, Kap. Lundin, von Kopenhagen in 12 St.
Kallundborg, Kap. Nielsen, von Sønderland in 9 St.
D. Svithiod, Kap. Borg, von Kalmar in 23 St.
Janöw, Kap. Ghrmann, von Wiborg in 18 St.
Peter, Kap. Nielsen, von Halmstad in 4 St.
D. Fehmarn, Kap. Schacht, von Fehmarn in 3 1/2 St.
Arel, Kap. Koreffson, von Sigtow in 14 St.
Wellamo, Kap. Snäll, von Brandshamn in 19 St.
Montania, Kap. Maas, von Nikolajew in 22 St.
Christiane, Kap. Petersen, von Gibriskhamn in 6 St.
Gus, Kap. Madsen, von Halmstad in 3 St.
Liesbeth, Kap. Jacobsen, von Gamleby in 4 St.
Ring-Andersen, Kap. Hansen, von Halmstad in 2 St.
D. Britannia, Kap. Stoll, von Emden in 42 St.
Niels, Kap. Dornhorst, von Rönneby in 3 St.
Bertha, Kap. Knudt, von Halmstad in 2 St.
Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Donnerstag, den 7. Juli.
D. Generalkonful Eliot, Kap. Rosed, nach Narva.
D. Germania, Kap. Delgreen, nach Stockholm.
D. Halland, Kap. Kollerg, nach Kopenhagen.
D. Borthan, Kap. Gustafson, nach Abo.
D. Thor II, Kap. Jörgensen, nach Kaskov.
Freitag, den 8. Juli.
Meklen, Kap. Satania, nach Wiborg.
Baul, Kap. Andersson, nach Neaborg.
Orantenhorst, Kap. Schmidt, nach Brahestad.
Jeansson, Kap. Friedrichson, nach Stevens.
D. Sigris, Kap. Wallin, nach Kopenhagen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten Inhalt Johannes Steiling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck.

Herren- u. Knaben-Garderobe

Bekannt erstklassige Verarbeitung — Eleganter Sitz — Keine Partiewaren.

Wegen vorgerückter Saison

gewaltig ermässigte Preise.

Herren-Anzüge

hauptsächl. Modelle, Ia. Rosshaarverarbeitung

Wert 12-17 Mk. 19-25 Mk. 30-45 Mk. 50-80 Mk.

jetzt ca. 9⁵⁰ ca. 15⁰⁰ ca. 20⁰⁰ ca. 35⁰⁰

Herren-Paletots

in solidem und englischem Geschmack . . .

Wert 14-18 Mk. 20-30 Mk. 35-45 Mk. 45-60 Mk.

jetzt ca. 10⁰⁰ ca. 18⁰⁰ ca. 25⁰⁰ ca. 35⁰⁰

Herren-Beinkleider

eleganter Schnitt, Ia. Verarbeitung

Wert 2,25-3 Mk. 3,50-5 Mk. 6-9 Mk. 10-16 Mk.

jetzt ca. 1⁷⁵ ca. 2⁵⁰ ca. 5⁰⁰ ca. 8⁰⁰

Jünglings-Anzüge

Taillesschnitt mit Glocke

Wert 7-9 Mk. 11-15 Mk. 18-27 Mk. 30-50 Mk.

jetzt ca. 5⁵⁰ ca. 8⁰⁰ ca. 14⁰⁰ ca. 25⁰⁰

Knaben-Anzüge

hübsche moderne Fassons

Wert 2,75-4,75 Mk. 5,50-7 Mk. 8-13 Mk. 14-22 Mk.

jetzt ca. 2⁰⁰ ca. 3⁵⁰ ca. 6⁰⁰ ca. 9⁰⁰

Herren-Fantasie-Westen

hell und dunkel

früher 3.00 bis 16.00 Mk.

jetzt 1⁰⁰ 2⁰⁰ 3⁰⁰ 4⁰⁰ Mk. usw.

Waschblusen

jetzt 50 Pfg. 75 Pfg. 1⁰⁰ 1⁵⁰ Mk. usw.

Wasch-Anzüge

jetzt 1⁰⁰ 2⁰⁰ 3⁰⁰ 4⁰⁰ Mk. usw.

Strohhüte.

jetzt für die Hälfte.

Die in unseren Schaufenstern mit Preisen ausgestellten Sachen werden gern aus denselben verkauft.

Spille & v. Lühmann, Lübeck,

Sandstr. 17-19.

Grösstes Spezial-Haus am Platze.

Konsumverein für Lübeck u. Umg.

e. G. m. b. H.

Die Eröffnung

unserer

11. Warenabgabestelle in Vorwerk,

Dori-
straße

findet am Montag, dem 11. Juli 1910, statt.

Durch die ständige Ausbreitung unseres Vereins und damit unseres Betriebes können wir unser Prinzip, nur beste Ware zu billigsten Preisen an unsere Mitglieder abzugeben, immer mehr nachkommen und bitten wir unsere geehrten Mitglieder von Vorwerk u. Umg., uns ebenfalls durch rege Warenentnahme in unserm oben genannten Bestreben tatkräftig zu unterstützen.

Von den vielen von uns geführten Artikeln führen wir nachstehend nur einige an:

Streu, Kristall- und Staubzucker per Pfd. 26 Pfg.	Sago, Patent echt ostindischer per Pfd. 22 Pfg.
Würfelzucker 28	Buchweizengrüße 30
Brodenzucker 28	Safergrüße 22
Weizenmehl, Dausstb. 16	Gerstengrüße 18
best. Dampf- 18	Starpen, fein u. mittel 16
Reismehl 16	grob 14
Kartoffelmehl 16	Korntihen 32
Sagomehl 25	Rosinen 45
Matemehl 24	Suffade 68
Kindergrieß 24	

Margarine per Pfd. 64, 70, 80 und 90 Pfg.

Pflanzenmargarine Palmato per Pfd. 80 Pfg.

Petroleum, bestes amerikanisches, per Ltr. 17 Pfg.

Neue vollständige Preiskisten werden in den nächsten Tagen herausgegeben und sind dann in den verschiedenen Warenabgabestellen zu haben.

Mitglieder, deckt euren Bedarf in eurem eigenen Geschäft.

Die Zahlung von 50 Pfg. Eintrittsgeld berechtigt zur Entnahme von Waren.

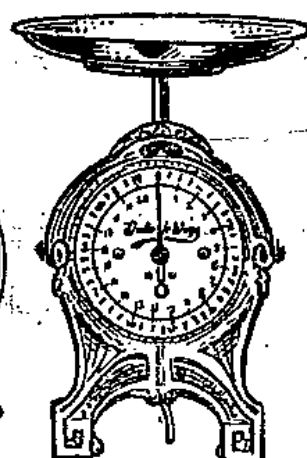
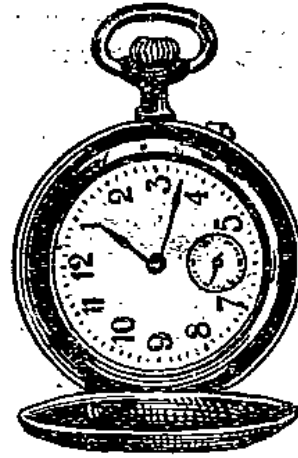
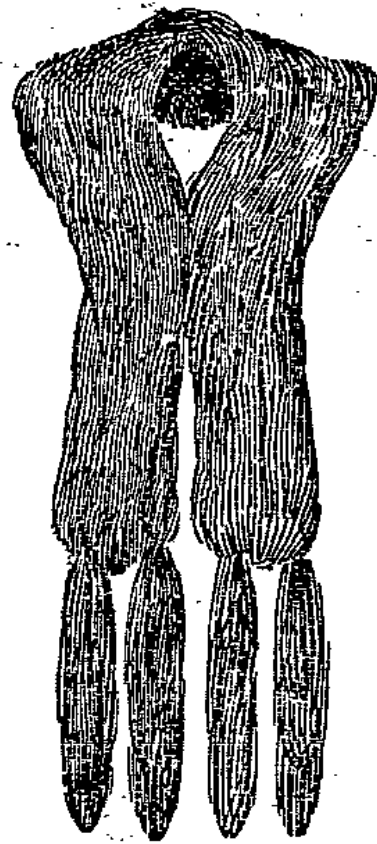
Beitrittserklärungen werden in allen unseren Warenabgabestellen entgegen genommen.

Der Vorstand.

ES IST NICHT EINERLEI



wo Sie Ihre Nähmaschinen, Fahrräder oder deren Ersatz- u. Zubehörteile kaufen. Kaufen Sie nur bei der anerkannt soliden Firma **Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 15.** Fernruf 1685. Sachverständige Bedienung, billigte Preise, weitgehendste Garantie. — Auf Wunsch Teilzahlung.



Geschenkt bekommen

Sie

neben abgebildete und noch viele andere hübsche Gegenstände, wenn Sie

Gentner's Schuhcrème „Nigrin“
Gentner's Seifenpulver „Schneekönig“

in Ihrem Haushalt verwenden.

A Alleiniger Fabrikant: Carl Gentner, Fabrik chem.-techn. Produkte, Göppingen.

Victoria Räder

Fahr-Motor
die beliebtesten Maschinen
Viele Goldene Medaillen
Lieferanten d. deutsch. Armee
Victoria Werke A. G. Nürnberg
Vertrieb
Heinr. Körner,
Fahrradhandlung
Fernsprecher 1685.

Herabgesetzte Preise auf mein Lager fertiger Anzüge

Wegen vorgerückter Saison biete ich Ihnen hiermit eine wirklich billige Kaufgelegenheit zu nachstehend staunend billigen Preisen.

30 bis 50 Prozent Preisermäßigung

auf teils zurückgesetzter und im Schaufenster etwas gelittener

Herren-Anzüge 9 Mk. an statt 13-20 Mk. jetzt Sommer-Paletots 8 Mk. an für Herren . . . von 8 Mk. an

Herren-Anzüge 15 Mk. an statt 25-40 Mk. jetzt Sommer-Joppen 80 Pfg. an für Herren . . . von 80 Pfg. an

Knaben- u. Burschen-Anzüge von 1⁵⁰ und 3⁰⁰ Mk. an.

Sämtliche Arbeiter-Garderobe jetzt enorm billig.

Albert Riess, Klingenberg Nr. 5.

vorm. **Louis Levy.**

Sozialistische Staatskonventionen in Amerika.

Aus Newyork wird uns geschrieben:
Am 25. und 26. Juni tagte in Schenectady die Jahres-Konvention der sozialistischen Partei des Staates Newyork, um die Parteikandidaten für die im Herbst fälligen Wahlen zum Repräsentantenhaus (der Volkskammer des Kongresses in Washington), sowie zu den beiden Häusern des Staatsparlamentes und zu den obersten Exekutivbeamten ins Feld zu stellen und die sonstigen Vorbereitungen zu einem erfolgverheißenden Wahlfeldzug zu treffen. Charles Edward Russell wurde als Kandidat für das Gouverneursamt zum Bannerträger der Partei erkoren. Russell ist ein Journalist und Revue-Schriftsteller von hohem nationalen Ruf, mit dessen Nominierung die Partei es der bürgerlichen Presse unmöglich gemacht hat, die sozialistische Wahlkampagne zu ignorieren. Ein Teil der Delegierten wünschte lieber einen Arbeiter für dieses Amt nominiert zu sehen, um so den proletarischen Charakter der Partei zu unterstreichen, und zwar wurde der als Parteigenosse, wie als Gewerkschaftler gleich bewährte, dem Nationalkomitee der Partei angehörende Tischlermeister Gustav Strebel aus Syracuse von dieser Seite empfohlen. Nachdem Strebel erklärt hatte, für das Gouverneursamt nicht kandidieren zu wollen, wurde Russell unter großer Begeisterung durch Applaus auf den Schild erhoben und Strebel ebenso einstimmig zum Vize-Gouverneurs-Kandidaten bestimmt. Bemerkenswert ist der in Schenectady zusammengestellte Wahlzettel („Ticket“) noch insofern, als zum erstenmal eine Frau als Bewerberin in ein hohes politisches Amt präsentiert wird: Frau Bertha Frazer aus Brooklyn kandidiert für das Staatssekretariat. Genossin Frazer ist seit langen Jahren hingebend für die Partei tätig, besonders auf dem Gebiete der sozialistischen Sonntagschulen. Im übrigen lautet das „Ticket“: Generalanwalt (Justizminister): Henry Slobodin aus Newyork; Staats-Schatzmeister: Sylvester Butler aus Buffalo; Staats-Finanzkontrolleur: Drens Curtis aus Buffalo; Staats-Ingenieur: William Lipolt aus Rochester; Richter am Appellationsgericht: Morris Hillquit aus Newyork. Sämtlich organisierte Arbeiter, abgesehen von Slobodin und Hillquit, die Anwälte sind und damit einer Bedingung, die das Gesetz an die Bewerber um die hohen juristischen Ämter stellt, genügen. Was Genossin Frazer betrifft, so erklären Beamte der Newyorker Wahlbehörde bereits, sie würde als Kandidatin nicht zugelassen werden, wofür diese Leute die spärliche Begründung angeben, eine Frau sei immer „nur ein Teil eines Bürgers“. Diesen Blödsinn haben die Komiker von der Wahlbehörde ausgeheckt, weil keine vernünftigen, vor allem keine gesetzlichen Gründe für die Ausschließung der Frauen von politischen Kandidaturen existieren, vielleicht auch, weil ihnen daran gelegen ist, die weitverbreitete Legende von der bevorzugten Stellung der amerikanischen Frau lächerlich zu machen.

Den größten Teil der Verhandlungen nahm die Diskussion der „Wahlplattform“ in Anspruch. Die Mehrheit der mit der Ausarbeitung des Dokuments betrauten Kommission reichte durch Hillquit einen Entwurf ein, der sich von dem der Minderheit, in deren Namen Slobodin berichtete, kaum anders unterschied, als durch die volkstümlichere, alle gelehrte Terminologie glücklich vermeidende,

zugleich knappere Ausdrucksweise. Zur Annahme gelangte der Mehrheitsentwurf, der nach einer die politische Situation im Staate zeichnenden und das Endziel der Partei erläuternden Einleitung die augenblicklichen Forderungen an die Staatsgesetzgebung aufzählt, unter denen folgende für die tatsächliche Lage in diesem freien Lande besonders charakteristisch sind:

Verbot der Verwendung der Staatsmiliz, der Polizeimacht und der gerichtlichen Einhaltsbefehle in Arbeiterstreiks. — Gesetliche Anerkennung des unbeschränkten Rechtes der Arbeiter zur Führung von Streiks und Boykotts und der Anwendung aller friedlichen Mittel zur Förderung solcher Kämpfe, ohne Haftbarmachung des Gewerkschaftsvermögens zur Entschädigung der Unternehmer. — Befestigung der Macht der Gerichte, Gesetze dadurch, daß sie solche für verfassungswidrig erklären, oder auf andere Weise wirkungslos zu machen. — Absolute Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit.

In der Diskussion verwehrte sich Genosse Hillquit energisch dagegen, von Slobodin als Opportunist bezeichnet zu werden, und erklärte sich als revolutionärer Marxist.

Den einer Gewerkschaft angehörigen Genossen wurde die Gründung sozialistischer Klubs innerhalb des jeweiligen Verbandes zur Propagierung unserer Sache empfohlen. Jedem Genossen, der einer Gewerkschaft beitreten kann, wurde durch eine weitere Resolution ans Herz gelegt, das zu tun und möglichst eifrig für seine „Union“ tätig zu sein; die Partei, als solche erklärte sich aber gegenüber den Streitigkeiten über Organisationsform und gewerkschaftliche Taktik neutral. Diese Stellungnahme der Staatskonvention entspricht genau den Beschlüssen des Nationalkongresses von Chicago.

Den fremdsprachigen Gruppen innerhalb der Parteiorganisation wurde gestattet, sich durch Bildung von Staats-Agitationskomitees eine Art Zentralisation zu schaffen, inkonsequenterweise verjagte man ihnen dann aber die zur Betreibung der zentralisierten Agitation erforderlichen Mittel. Ein Antrag des deutschen Agitationskomitees, wonach das Staatskomitee (die Parteileitung) ihm die Hälfte der von der deutschen Mitgliedschaft gezahlten Beiträge zurückerstatten sollte, wurde nämlich abgelehnt.

Unsere Genossen im Staate Newyork sind voll Eifers und bester Hoffnung, die Scharte von den vorjährigen Kommunalwahlen diesmal mehr als auszuweichen. Die Mitgliedschaft wie die Finanzen der Partei sind nach dem Bericht, der den Delegierten vorgelegt wurde, heute stärker denn je, und die sich überall kundgebende tiefe Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den alten Parteien und ihren Gesetzgebern, deren Korruption durch die jüngsten Sensationsuntersuchungen so fürchterlich bloßgestellt wurde, ist einem weiteren Aufschwunge der sozialistischen Partei günstig.

Wie in Newyork, das heute unter allen Staaten der Union die zahlreichste Parteigenossenschaft aufweist, haben auch die Genossen der Staaten Newjerien, Connecticut, Wisconsin dieser Tage ihre Staatskonventionen abgehalten und ihre Kandidaten proklamiert. Besonders enthusiastisch verlief die Konvention der sozialdemokratischen Partei von Wisconsin, die kürzlich in der wirtschaftlichen Hauptstadt des Staates das Regiment ergriffen hat, und es spricht alles dafür, daß die von Freund und Feind anerkannte bewunderungswürdige Arbeit, die unsere Parteigenossen im Rathause von Milwaukee leisten, weitere triumphierende

Fortschritte im Staate Wisconsin, wie im ganzen Lande verheißt. Genosse Seidel, der sozialistische Bürgermeister des neuen Milwaukee, kandidiert zum Bundesenat, für das Amt des Gouverneurs von Wisconsin Genosse Jacobs aus Racine.

Die Kampfweise des Leipziger Ärzte-Verbandes.

Am 3. Mai d. J. sprach Genosse Frähdorf, der ja bekanntlich im Frankentassenwesen eine hervorragende Stellung einnimmt, in der Zweiten sächsischen Ständekammer zu einer Petition der „Freien Vereinigung sächsischer Ortskrankenkassen“, die die Aufhebung bzw. Änderung der sächsischen Ärzte-Ordnung forderte. Dabei kritisierte Genosse Frähdorf, daß sich der Leipziger Ärzteverein die ärztlichen Bezirksvereine, die Zwangsorganisationen und öffentlich-rechtliche Körperschaften sind, seinen wirtschaftlichen Zwecken völlig dienlich gemacht habe und daß die Ehrengerechtigbarkeit nicht im Sinne des betreffenden Landesgesetzes, sondern nach den Wünschen des Leipziger Ärzteverbandes gehandhabt werde. Dabei wurde natürlich auch die Arzt- und Kassenfrage getreift und die Kampfweise des Leipziger Verbandes gekennzeichnet. Besonders Aufsehen erregte es, als Genosse Frähdorf mitteilte, daß ein Mitglied des Leipziger Verbandes, der seinen zuständigen Kassenarzt vertrat, ihn bei bedenklicher Erkrankung nicht weiter behandelt hat, weil Frähdorf Gegner der Ärzteorganisation sei.

Die Frau des eigentlich zuständigen Arztes hatte sich wegen dieses Verhaltens des stellvertretenden Arztes beim Leipziger Ärzteverband beschwert und darauf folgende Antwort erhalten, die sie dem Genossen Frähdorf zustellte und die wörtlich im Landtage verlesen wurde:

Frau Dr. W., Dresden.
Im Anschluß an unser Gespräch, durch das Sie uns mitteilten, Herr Dr. Morichbach habe die Vertretung Ihres Herrn Gemahls aus politischen Gründen aufgegeben, teilen wir Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß Herr Dr. Morichbach seiner Angabe nach Herrn Frähdorf nicht weiter behandeln wollte, weil er ihn als einen Feind der Ärzteorganisation tenne.

Hochachtungsvoll
Sanitätsrat Dr. Schmidt
(Stellensamweis des Leipziger Verbandes.)
Leipzig, im Februar 1910.

Dieses Dokument ärztlicher Intoleranz war den Herren vom Leipziger Verband natürlich sehr un bequem und mit allen Mitteln suchten sie in ihrer Fachpresse und der bürgerlichen Presse den Eindruck deselben zu verwischen. Der Führer des Leipziger Verbandes in Dresden versuchte unter allen Umständen, koste es was es wolle, Frähdorf ins Unrecht zu setzen. Das nützte ihm aber nichts; denn nun wurde ihm nachgewiesen, daß der Leipziger Verband zugunsten des Köner Arztestreiks die Zwangskassen der sächsischen Bezirksvereine in Anspruch genommen habe und es wurde eine weitere Erörterung der für den Leipziger Verband blamablen Angelegenheit im Landtag angekündigt.

Eine Äußerung des Ministerialdirektors Dr. Rumpelt zu Frähdorfs Rede suchte man gleichfalls in gebührender Weise auszuwischen. Der Kampf wurde ihnen aber durch eine Erklärung Rumpels an Genossen Frähdorf verborgen, in der dieser bescheinigt, daß er keineswegs die von Frähdorf im Landtage vorgeführten Zahlen angezweifelt habe.

Nachdem so der Leipziger Verband auf der ganzen Linie gescheitert war, ersuchte Herr Dr. Morichbach, der im Verein mit Dr. Schmidt den Leipziger Verband so kompromittierte, mit anderen „Gründen“ wegen derer er

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

35 Fortsetzung.
Die Kathrine konnte kaum den halben Weg zu ihm sein, denn man hatte ihr gesagt, daß es wenigstens eine Stunde dauern würde, bis ein Boot von dort zurückkommen könne. Also van Roeken selber? — Das Herz klopfte ihr fast hörbar in der Brust, und sie hätte jetzt alles darum gegeben, wenn wenigstens die Kathrine dagesessen wäre.

„Darf er kommen?“ drängte das junge Mädchen, die lächelnd die Verwirrung in den Zügen der schönen Fremden bemerkte.

„Es wird mir sehr angenehm sein,“ sagte Hedwig, die in diesem Augenblick kaum wußte, was sie sprach, und im Nu war die junge, fröhliche Wirtstochter wieder von der Tür verschwunden. Hedwig stand in der Mitte des Zimmers, wie sie jene verlassen; eine eigene Angst überkam sie, ihre Glieder verlagten ihr fast den Dienst, aber das dauerte nur einen Moment. Im nächsten Augenblick schon fühlte sie ihre Kraft zurückkehren, und wenn auch alles Blut ihre Wangen verlassen hatte, schaute sie doch dem jetzt Eintretenden fest und ruhig entgegen.

Wagner hatte schon auf der Schwelle noch einen Blick nach dem Haus zurückgeworfen, ob er von da aus gesehen würde, und allerdings stand dort noch der alte Herr van Romelaer mit seinen beiden militärischen Freunden, und neben ihm der Wirt des Hauses, den jener um etwas angerufen hatte. Möglich aber, daß sie ihn gar nicht mehr beachtet; keinesfalls ließ es sich jetzt mehr vermeiden, und nach flüchtigem Anklopfen das Zimmer betretend, in dem er schon angemeldet war, stand er in der nächsten Sekunde vor Hedwig, deren Blick ihm erwartungsvoll und scheu begegnete.

„Mein wertes Fräulein — ich muß um Entschuldigung bitten.“

„Mein Herr —“
Wagner sah sich der jungfräulich edlen Gestalt des jungen Mädchens — noch immer außen mit Romelaers Gegenwart beschäftigt — so plötzlich gegenüber, daß er fast in Verwirrung kam. Er hatte das Gespräch mit einigen alltäglichen Entschuldigungen und Redensarten beginnen wollen; als aber die großen, seelenvollen Augen Hedwigs auf ihn hafteten, fühlte er das Unpassende, das Gebilde solcher Einförmigkeit. Ein eigenes wehes Gefühl schoß ihm dabei durchs Herz. So schön — so lieb wenigstens und so edel in ihrem ganzen Sein, wie er die junge Fremde fand, hatte er sie sich doch

nicht gedacht, und diesem Weilen gegenüber fehlte ihm fast der Mut, seinen schmerzlichen und fatalen Auftrag zu erfüllen.

„Herr van Roeken?“ fragte da Hedwig leise und mit niedergeschlagenen Augen. Sie wollte den Namen gar nicht aussprechen — ihre Gedanken nur hatten sich zu dem Wort gebildet, und sie erschrak ordentlich, als sie den Klang deselben selber hörte.

„Van Roeken? — nein!“ rief Wagner rasch, der fast erschrak, als er sich mit jenem verwechselt sah. — „Das ist ein Mißverständnis, mein Fräulein — mein Name ist Wagner, und ich glaube, die junge Dame, die mich Ihnen meldete, hätte Ihnen auch gesagt, wer ich bin.“

Hedwig sah ihm fest, ja fast starr ins Auge. — „Das war nicht van Roeken? — Und daß er es nicht war! So viel Vertrauen hatte ich schon der erste Anblick dieser Züge eingefloßt — aber sie gehörten einem Fremden an. — Und wenn nun van Roeken — eine Schär verworrenen Gedanken kreuzte ihr das Hirn und sie fand keine Worte, selbst nur die erste Begrüßung Wagners zu erwidern. Auch dieser fand sich dadurch in peinlicher Verlegenheit und mußte sich endlich fast gewaltsam zusammenraffen, um ein gleichgültiges Gespräch zu beginnen.

„Ich höre eben,“ sagte er, „daß Sie einen für mich mitgebrachten Brief in meine Wohnung gesandt haben.“

„Ich war gestern schon angekommen,“ sagte zögernd Hedwig.

„Zu meine Bedauern erfuhr ich gestern, daß Sie unwohl hier eingetroffen wären.“

„So hatten Sie mich schon gestern aufgesucht?“
„Wir erwarteten Sie mit der Rebecca, und das Schiff wurde uns gestern von der Reede signalisiert — wie das mit allen eben einlaufenden Schiffen geschieht.“

„Aber darf ich Sie nicht bitten, Blag zu nehmen?“
Beide hatten das Peinliche des ersten Begegnens überwunden, und während Hedwig auf dem kleinen, im Zimmer stehenden Rohrsofa Blag nahm, ließ sich Wagner auf einem Stuhl ihr gegenüber nieder.

„Sie haben hoffentlich eine angenehme Reise gehabt?“
sagte er und holte dabei tief Atem, denn es war ihm, als ob ihm jemand die Brust zuschnüren wolle.

„Sehr lang, aber doch insofern glücklich, als wir ohne Unfall hier eingetroffen sind,“ erwiderte Hedwig, die es ihm dankte, ihr noch mehr Zeit zu lassen, sich zu sammeln. „Der Kapitän war sehr nachsichtig und gut mit uns.“

„Und mein alter Freund Scharner befindet sich wohl?“
„Ich freue mich sehr darauf, ihn wieder einmal begrüßen zu können.“

„Körperlich vorzüglich, — wollen Sie — wieder nach Deutschland hinüber?“

„Unser Geschäft bringt es mit sich, daß einer der Kompagnons von Zeit zu Zeit eine Reise nach Europa macht, um teils hier gangbare Waren einzukaufen, teils Bestellungen aufzugeben, die sich nun einmal nicht gut brieflich abmachen lassen.“

Hedwig schwieg, und auch Wagner fand nicht gleich einen Punkt wieder, an den er anknüpfen konnte. Und so mild, so freundlich, so geduldig sah ihm das holde Gesicht gegenüber, — so vertrauensvoll erwartete sie die Botschaft des Mannes, dem sie ihr ganzes Leben zu eigen geben wollte. — Sie hatte ihn selbst erwartet, und jetzt sollte er der Fremden mit düren, kalten Worten sagen, daß Herr van Roeken inzwischen schon seit längerer Zeit verheiratet sei; sollte ihr eine Summe zur Verfügung stellen, damit, wenn es sie freue, nach Europa zurückzukehren, — oder auch hier zu bleiben, wie es ihr gefalle, und das Geld zu verzehren. Nein, das ging nicht, — das war zu viel verlangt. Wie kam auch van Roeken dazu, von ihm gerade zu fordern, eine solch' peinliche Szene hervorzurufen und mit zu durchleben? Das konnte und wollte er schriftlich abmachen, und dann — brauchte er der armen jungen Dame auch gar nicht wieder zu begegnen. War ihm doch nichts Schrecklicher auf der Welt als Frauentränen.

„Java,“ sagte Hedwig endlich, scheint ein so schönes, herrliches Land zu sein, daß man den kalten Norden wohl darüber vergessen könnte, wenn es eben nicht die Heimat wäre.“

„Sie sind ungern von Deutschland fortgegangen?“

„Wer verläßt das Vaterland gern?“ sagte Hedwig innig. — „Schon früher war es mir immer ein recht wehes, schmerzliches Gefühl, wenn ich Auswanderer sah, die, durch Verhältnisse oder Not gezwungen, eine fremde Welt aufsuchen mußten. — Ich glaubte damals freilich nicht, daß ich selber einmal mit zu diesen Auswanderern gehören würde.“

„Aber zu deren Zahl dürfen Sie sich doch nicht rechnen,“ erwiderte Wagner, der nicht recht wußte, was er darauf antworten sollte. — „Sie — sind doch nicht gezwungen, in dem fremden Land zu bleiben; die Rückkehr steht Ihnen jeden Augenblick frei, wenn Ihr Gefühl Sie hier nicht leiden sollte.“

„Herr Scharner hat Ihnen doch geschrieben,“ sagte Hedwig bestürzt, daß ich —“

„Gewiß, mein bestes Fräulein, — alles,“ beruhigte sie Wagner, der nicht ohne Wangen sah, wie fest vertraut sich Hedwig schon mit dem Gedanken gemacht hatte, in Batavia ihre neue Heimat zu finden. Und wie anders hätte er es

nun mit einem Male die Behandlung Fräßdorf abgelehnt habe. Er behauptete nun: „Er sei in herrlichem, ganz ungehörigem Ton zu Fräßdorf gerufen worden und Fräßdorf sei seinem Verbot zuwider ausgegangen und habe sich dadurch selbst eine Verklammerung zugezogen.“

Nachdem kommt er noch mit der Beschuldigung, die natürlich absolut unwahr ist, Frau Fräßdorf habe von ihm für ihren an Influenza und Fleber darniederliegenden Mann — er hatte bis 40 Grad Temperatur — eine Flasche Wein auf Kaffeekosten verlangt.

Das ist wirklich eine Kampfesweise, zu der schon ein hoher Grad Honorarigkeit gehört. — Diesen feiten Wissen, daß ein Kaffeekostenverordneter die Verschreibung von Wein verlangt, lassen sich die bürgerlichen Blätter, die in Reichsverbandsmanner arbeiten, natürlich nicht entgehen und fertigten sie als gefundenes Fressen ihren Lesern.

Genosse Fräßdorf zwang das Korrespondenzblatt der ärztlichen Bezirksvereine im Königreich Sachsen zur Aufnahme folgender Verächtigung:

1. Es ist unwahr, daß Herr Dr. med. Morschbach in herrlichem oder ungehörigem Ton per Telefon zu mir gerufen worden ist. Ich habe beide Anrufe meiner ängstlich gewordenen Frau gehört, beide Male waren sie im bittenden beschiedenen Ton gehalten.
2. Es ist unwahr, daß ich Herrn Dr. med. Morschbach gegenüber die Absicht geäußert habe, am selben Tage noch auszugehen.
3. Es ist unwahr, daß ich an dem betreffenden Tage ausgegangen bin. Dafür habe ich Zeugen und Aufzeichnungen im Tagebuche. Ich habe an diesem und dem folgenden Tage das Bett nicht verlassen. Ich bin erst vier Tage später ausgegangen.
4. Es ist unwahr, daß meine Frau für mich oder sonst wen von Herrn Dr. med. Morschbach verlangt hat, eine Flasche Wein auf Kaffeekosten zu verschreiben.

Herr Dr. Morschbach hat die Kühnheit, seine unwahren Behauptungen aufrecht zu erhalten. Was man davon zu halten hat, kann man daraus ersehen, daß er behauptet, daß Fräßdorf seinem Verbote zuwider ausgegangen, sei ihm von jemand gesagt worden. Von wem, wisse er nicht.

Genosse Fräßdorf wird übrigens an entsprechender Stelle Herrn Dr. Morschbach so kennzeichnen, daß die Sache eventuell gerichtlich ausgetragen wird.

Aus der Partei.

Ein sonderbares Urteil. Weil er nach einer Wahlrecht demonstration am 10. April auf dem Nachhauseweg mit circa 20 anderen Leuten einen „geschlossenen Aufzug“ gebildet, dadurch die Ordnung gestört und auf die Aufforderung der Polizei nicht weiter gegangen sei, erhielt ein Genosse in Essen ein Strafmandat von 15 Mk. Am Mittwoch hatte das Schöffengericht über den eingeleiteten Einspruch zu entscheiden. Der Schatzmann befandete als Zeuge, daß ein „Aufzug“ stattgefunden habe, er glaube, der Angeklagte habe sich bei dem Zuge befunden, auf die Aufforderung weiter zu geben, sei der Angeklagte sofort gegangen. Er habe ihm (den Schatzmann) aber verächtlich und verhöhnt. Die Strafe von 15 Mk. wurde vom Gericht bestätigt, was sonderbar anmutet, da dem Angeklagten eine leichte Tätigkeit bei dem behaupteten Aufzug nicht nachgewiesen wurde und er der politischen Aufforderung sofort gefolgt ist. In der Berufungsinstanz kann sich die Sache recht interessant gestalten.

Die Handhabung des liberalen Vereinsgesetzes im Oben. Das Schöffengericht Bromberg verhandelte am Dienstag gegen den Vorsitzenden der Zahlstelle Schulz vom Böttcherverband und gegen den Genossen Stössel-Bromberg. Ersterer sollte sich strafbar gemacht haben, da er eine Mitgliederversammlung abgehalten, die aber vom Bürgermeister daselbst als politische angesehen und aufgelöst wurde. Hier nahm das Gericht an, daß es nicht erwiesen sei, daß Politik getrieben worden resp. getrieben werden sollte, und erkannte auf Freisprechung. Genosse Stössel hielt dann ebenfalls in Schulz eine Gewerkschaftsversammlung ab, in der er die Rechte der Arbeiter nach dem Vereinsgesetz schilderte. Hierin erblickte das Gericht eine Verletzung politischer Angelegenheiten und verurteilte ihn zu 30 Mark Geldstrafe. Zu dieser Versammlung waren nur Gewerkschaftsmitglieder geladen und erschienen.

Gewerkschaftsbewegung.

Vorläufige Einigung im Stickerzeugungsgewerbe des Ruhrgebietes. Nachdem die in voriger Woche in Essen erneut

auch erwarten können, da sie ja nur mit dieser Aussicht und in diesem Glauben Deutschland verlassen. — „Er hat mit alles geschrieben“, sagte er hinzu, „und — wenn van Roeken sich auch damals ohne mein Wissen in dieser delikaten Angelegenheit nach Deutschland und an meinen alten Freund Schärner gewandt, so versteht es sich wohl von selbst, daß ich trotzdem darüber wachen werde, jede Wänscht gegen Sie, mein liebes Fräulein, erfüllt zu sehen, wie — wie sich auch alles noch gestalten möge.“

Herr Schärner hat mir viel von Ihnen erzählt“, sagte Hedwig leise, — viel Liebes und Gutes. — Er hängt noch sehr an Ihnen, und — gerade weil er so volles Vertrauen in Ihre Redlichkeit setzte —

„Er ist mir immer ein lieber, väterlicher Freund gewesen“, versicherte Wagner, der sich bei diesem Lob nicht ganz wohl fühlte, aber ich fürchte, daß er — daß er manchmal meine Eigenschaften überschätzt hat.“

„Es war jedenfalls sehr freundlich von Ihnen“, sagte Hedwig herzlich, daß Sie mich zuerst hier in dem fremden Land begrüßt haben, — es soll mir das eine gute Vorbedeutung sein. Sie mögen mir auch glauben, werter Herr, daß Ihre Gegenwart mir neue und frische Zuversicht gegeben hat. Ich war recht niedergedrückt, als ich das Land betrat; recht im Innern unruhig mit mir selber und noch an diesem Morgen fühlte ich mich so einsam und verlassen wie kaum je. Das ist besser jetzt — viel besser und ich kann nun wohl sagen, daß ich der nächsten Zukunft fest und vertrauensvoll entgegengehe, — liebe ich ja doch auch hier in Gottes Hand, gerade wie daheim.“

„Halten Sie den Glauben fest, liebes Fräulein“, rief Wagner bewegt, von seinem Stuhl aufspringend und ihr die Hand reichend, halten Sie ihn fest und vertrauen Sie auf Gott. Manches erweist uns armen Sterblichen hier oft als ein Unglück, als ein neuer Schlag des Schicksals, während es uns in gerader Bahn doch nur einem unendlichen Glück, endlicher Zufriedenheit entgegenführt. Aber Vertrauen müssen wir haben, Vertrauen und Zuversicht und alles kam und wird dann gut gehen. Wie sich aber auch alles hier für Sie gestalten möge, betrachten Sie mich als Ihren wahren und treuen Freund, der Ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen wird. Um Sie keinen Schritt, ohne ihn vorher mit mir besprechen zu haben, ich kenne die Verhältnisse hier genau und meine es gut mit Ihnen.“

(Fortsetzung folgt.)

aufgenommenen Verhandlungen insoweit negativ ausgefallen waren, als die Unternehmer für die Dauer des in Aussicht genommenen, auf drei Jahre berechneten Tarifs nur zu dessen Beginn eine Lohnerhöhung zugesagt, die Arbeitervertreter aber erklärt hatten, daß sie dieses Zugeständnis nicht akzeptieren könnten, wohl aber ihren Lufttragereben unterbreiten würden, hätten diese in einigen Orten des Tarifgebiets für den 4. Juli den Streik beschlossen. Darauf fand auf Veranlassung der Unternehmer im letzten Augenblick in Düsseldorf eine erneute Zusammenkunft der beiderseitigen Vertreter statt. Es kam schließlich zu einer Vereinbarung, wonach die Arbeit bei 1/2-stündiger Arbeitszeit und 70 Pfg. Stundenlohn fortgesetzt, resp. sofort wieder aufgenommen werden soll. Aber die Frage der Lohnsteigerung in den Jahren 1911 und 1912 soll in einer demnächst stattfindenden Verhandlung eine Einigung herbeizuführen versucht werden. Sollte es da zu einer Einigung nicht kommen, so soll ein Schiedsgericht entscheiden. Zu dem Geltungsbereich des neuen Tarifs gehören: Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen, Herne und Recklinghausen nebst umliegenden Landgemeinden.

Die Sicherung des Koalitionsrechtes bezweckt eine Eingabe der Ortsgruppe Dresden des Verbandes deutscher Kunstgewerbezeichner an den Rat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dresden. Die Petitionen wünschen, daß künftig bei Vergabung städtischer Aufträge solche Firmen ausgeschlossen werden, die der Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten und Arbeiter Schwierigkeiten machen. Die Eingabe wird damit begründet, daß es auch im Interesse der Kommunen liegt, wenn sich Angestellte und Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage koalieren. Denn dadurch wird die Konsum- und Steuerkraft dieser Schichten gehoben. Andererseits haben sie ein Recht zu verlangen, daß die Mittel der Stadt, die von ihnen mit aufgebracht werden, nicht zur Unterstützung von Firmen verwendet werden, die gegen das Grundrecht der Koalition, also gegen die rechtliche Grundlage zur Verbesserung der Existenzbedingungen der Angestellten und Arbeiter verstoßen. Die Petition wurde veranlaßt durch die in den Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst in Hellerhaus-Dresden erfolgten Maßregelungen von Angestellten wegen Zugehörigkeit zu ihrer Organisation, dem Verbande deutscher Kunstgewerbezeichner.

Der Streik der Textilarbeiter bei der Firma Kneumeyer & Co., Baumwollweberei in Herford i. W., ist nach 15wöchentlicher Dauer zugunsten der Arbeiter beendet. Obgleich der Fabrikant nach 15wöchentlicher Dauer des Streiks erklärte, während der Dauer des Streiks prinzipiell nichts zu bewilligen, müßte er sich doch, als er sah, daß nicht ein einziger Streikbrecher zu bekommen war, dazu bequemen. Der Fabrikant ließ durch seinen Meister erklären, daß er zu weiteren Verhandlungen bereit sei. Es wurden nunmehr für die Färber, Weber, Kettenführer und Spulerrinnen bei der erneuten Verhandlung wesentliche Lohnerhöhungen erzielt, sodaß die Streikenden in einer Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, die Zugeständnisse zu akzeptieren. Am 18. März hatten die abgehärmten und bleich aussehenden Textilproleten zwecks Erämpfung besserer Löhne die dumpfen Fabrikräume verlassen und am 4. Juli zogen sie in geschlossenen Reihen mit gebräunten Gesichtern und roten Wangen wieder in die Fabrik ein.

Ein Erfolg des Bergarbeiterverbandes. Auf dem Ralwenz-Panau-Silberberg bei Empelde waren am 1. Juli Differenzen ausgebrochen wegen starker Bedingungsabzüge für die Förderleute. Sämtliche Förderleute der Morgenschicht reichten ihre Kündigung ein und fuhren nicht mehr an. Der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes suchte sofort eine Verständigung herbeizuführen, was auch mit gutem Erfolg für die Arbeiter gelang. Die Bedingungsabzüge wurden zurückgenommen, der Arbeiterausschuß soll über die Bedinge der Dauer beraten. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation verpflichtet sich die Grubenerwaltung nicht vorzunehmen, doch soll die Agitation in der Grube nicht betrieben werden. Bei Entlassungen wegen Agitation in der Grube soll der Arbeiterausschuß erst gehört werden. Auch erhält der Bezirksleiter des Verbandes das Recht, an den Verhandlungen teilzunehmen und mitzuberaten.

Streikjustiz. Die Bauarbeiter Löhner und Schwarz in Dresden sollen gelegentlich der Bauarbeiterausperrung dem arbeitswilligen Zementarbeiter Morgenstern Vorhaltungen gemacht haben über sein unsolidarisches Verhalten. Die höhnischen Antworten des M. reizten Löhner zu Tätlichkeiten. Da nicht nachgewiesen werden konnte, daß von den beiden ausgesperrten Beleidigungen gefallen waren, mußte Schwarz, der nur wegen dieses Deliktes angeklagt war, freigesprochen werden. Desto mehr hielt sich das Gericht an Löhner. Er erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung in Verbindung mit Vergehen gegen § 153 der G.-D. 3 Monate Gefängnis.

Fremder Verrat an christlichen Arbeitern. Auf der Wilhelminenstraße in Oberschlesien, die dem bekannten Generaldirektor Uthmann untersteht, ist ein Streik polnischer katholischer Arbeiter ausgebrochen. Der Führer der ober-schlesischen Facharbeiter, Herr Bull, läßt nun in der katholischen Presse Oberschlesiens folgendes Traktatlein verbreiten:

„Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) und seine Vereine sind an dem Streik nicht aktiv beteiligt. Wir haben unsere Mitglieder sogar rechtzeitig gewarnt, da wir gemäß unserem Programm bei solchen Differenzen mit den Arbeitgebern nicht zu der oben Maschinerie des Streiksystems greifen, sondern durch friedliche Verständigung unter Beibringung von Tatsachenmaterial für eine Besserung der Existenz der Arbeiter eintreten. Wir tun dies schon aus Klugheitsrückichten und aus Liebe zu unseren Arbeitern, da ja bekanntlich, wie Tatsachen klar beweisen, durch das Streiksystem der Arbeiter nicht nur meistens nichts erreicht, sondern vielfach noch mehr zur Ohnmacht verurteilt wird. Das Existenzrecht des Arbeiters ebenso gut wie das Eigentumsrecht des Arbeitgebers sind unveräußerliche natürliche Rechte, deren Regelung nicht im Machtkampf der beiderseitigen Parteien, sondern nach den Grundsätzen von Gerechtigkeit und Liebe und nach den Weisungen unseres Programms erfolgen muß.“

Konsequenter ist dieser Christ allerdings. Nachdem der vorjährige Katholikentag in Breslau beschlossen hat, daß die Arbeiter ihre Lage dadurch verbessern sollen, daß die Frauen den Lohn des Mannes besser einteilen lernen, ist es natürlich ein Verbrechen am Heiligen Geist, höhere Lohnforderungen zu stellen. Und wenn nun die polnischen Arbeiter trotzdem nicht mehr mit jedem Lohn zufrieden sein wollen, dann sind die eben keine Christen mehr und der facharbeiterliche Bannstrahl trifft sie.

Lohnbewegung der Schweizer Buchbinder. Wegen Erneuerung des bereits am 1. Juli abgelaufenen Tarifvertrages befinden sich die Buchbinder in Bern in einer Lohnbewegung. Sie fordern: Einführung der neunmündigen Arbeitszeit, 30 Freiwöchentlichen Minimallohn, Lohnerhöhung von 10 Proz. für alle diejenigen, die den Minimallohn bereits bekommen. Außerdem sind noch besondere Forderungen für die Spezial- und Hilfsarbeiter aufgestellt. Die Unternehmer haben mit einem Gegenvorschlag geantwortet, der

gegenüber dem bisherigen Zustand fast keine Verbesserungen bringt und deshalb von den Arbeitern als ungenügend abgelehnt wurde. Es wurde beschlossen, an der Einführung der neunmündigen Arbeitszeit und eines festen Wochenlohnes (der die Bezahlung der Feiertage in sich schließen würde) festzuhalten und mit Bezug auf die übrigen Forderungen neue Verhandlungen zu pflegen. Da die Buchbinder in Bern in den zumelst in Betracht kommenden größeren Betrieben zu 95 Proz. organisiert sind, so ist wohl damit zu rechnen, daß sie ihre Forderungen durchzusetzen vermögen. Notwendig ist jedoch, daß die nach der Schweiz reisenden Buchbinder Bern unter allen Umständen meiden. Bern ist für die Buchbinder aller Branchen strengstens gesperrt.

Deutsche Arbeiter, geht nicht nach Kopenhagen! Das Kopenhagener Gewerkschaftsamt hat am 1. Juli wiederum ein Gesuch an den Magistrat gestellt um Beihilfe aus städtischen Mitteln zur Linderung der Not infolge der noch immer anhaltenden Arbeitslosigkeit. Aus dem Schreiben geht hervor, daß zurzeit noch 860 Bauarbeiter, 500 Maurer, 400 Maler, 250 Bauhilfsarbeiter, 800 Schmiede und Maschinenarbeiter, 875 Zimmerer, 900 Arbeiter, 200 Tischler und Stuhlmacher und 400 Tabakarbeiter ohne Arbeit sind. In einer ganzen Anzahl anderer Berufe herrscht ebenso eine bedeutende Arbeitslosigkeit. Das sind aber nur die Zahlen der Arbeitslosen aus den Organisationen. Wie viele Unorganisierte ohne Beschäftigung sind, ist in dem Schreiben nicht angeführt. Das unter diesen Umständen aus dem Auslande zugereisten Arbeitern sich sehr wenig Aussicht auf Beschäftigung bietet, ist klar. Selbstverständlich hat die Kopenhagener Stadtverordnetenversammlung, die zur Hälfte aus Sozialdemokraten besteht, dem Gesuch entsprochen und die verlangte Unterstützung bewilligt.

Soziales.

Ein Glendebild. In Briesniz bei Dresden wohnte, eine mit ihren sechs Kindern in bitterster Not lebende Witwe. Der Mann, ein kleiner Beamter, war frühzeitig gestorben, und hatte seine zahlreiche Familie zurückgelassen. Die Witwe, eine in Folge Unterernährung überaus schwächliche Frau, bezog nach dem Tode ihres Mannes eine mäßige Pension. Diese langte aber bei weitem nicht aus, um eine siebentöpfige Familie zu ernähren, und die Witwe arbeitete von früh bis spät und verdiente mit Nöharbeit — eine andere Arbeit konnte sie infolge ihres erbärmlichen Zustandes nicht verrichten — ganze zwei bis drei Mark pro Woche. Die Kinder waren fast alle klein und deshalb nicht in der Lage, etwas für den Lebensunterhalt beizutragen. Aber bald wurde auch die Witwe krank und nun kehrte das grinsende Glend ins Haus, nachdem ohnehin schon Not und Entbehrung vorhanden waren. Es war nicht einmal das Nötigste im Hause und die Familie mußte buchstäblich hungern und — es war gerade im Winter — frieren. Woherlang war kein Feuer im Ofen, an warme Speisen konnten Mutter und Kinder überhaupt nicht denken. Kurz, die Zustände waren geradezu krafft. Die Frau lag im Bett und die armen Kinder standen hungernd und zitternd am kalten Ofen. Eine Lehrersfrau im Orte brachte den Hungernden mal etwas Fleisch zum Brotbelag, sie mußte aber die traurige Entdeckung machen, daß nicht einmal trockenes Brot in dem Hause war. Schließlich mußte die Gemeinde Briesniz als Armenbehörde eingreifen und wendete für sechs Monate — 60 Mark als Armenunterstützung auf und zahlte einmal extra — fünf Mark. Da auch dadurch die Not nicht gelindert wurde, nahmen sich einige Ortsbewohner der bedauernswerten Geschöpfe an. Es wurden durch die Lehrersfrau im Dezember 60 Mark gesammelt. Die Witwe hatte in der benachbarten Gemeinde Kemnitz ihren Unterstützungswohnsitz, und nun begann ein Streit um Almosen zwischen beiden Gemeinden. Briesniz forderte die 65 Mk. zurück und Kemnitz weigerte sich, diese Summe zu zahlen, indem sie — man höre und staune — die Hilfsbedürftigkeit der Witwe bestritt!!! Die Kreisauptmannschaft hat den Rekurs der Gemeinde Briesniz verworfen, indem es eine Hilfsbedürftigkeit nicht anerkannte. Nunmehr wendete sich Briesniz mit einer Berufung an das sächsische Oberverwaltungsgericht. Hier wurde durch Zeugen die ganze elende Lage der Familie festgestellt und die beklagte Gemeinde erklärte sich dann bereit, 55 Mark zu zahlen. Die volle Summe zu zahlen lehnte Kemnitz ab, weil das Oberverwaltungsgericht ausführte, daß man zweifelhaft darüber sein könne, ob im Dezember, wo die 60 Mark gesammelt worden sind, noch eine Hilfsbedürftigkeit vorgelegen habe!!! Der Fall zeigt, wie dringend not den Gemeinden eine Durchdringung mit sozialem Verständnis tut.

Der Bürgermeister und das Koalitionsrecht. Nach 9 Terminen — der Bürgermeister ließ immer wieder Vertagungsanträge stellen — wurde der Magistrat der Stadt Hötzel a. M. verurteilt, einen Maschinenisten des Wasserwerks, der wegen seiner Beteiligung an den Wahlrechtsdemonstrationen ohne Kündigung entlassen worden war, seinen Lohn für 14 Tage auszubehalten. Das Gericht war der Meinung, daß die Beteiligung an einer sozialdemokratischen Kundgebung auch für Arbeiter mit Beamtencharakter keinen Grund zur sofortigen Entlassung bilde.

Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren gab es in den preussischen Großstädten im Jahre 1907 rund 113 000. Das sind 4 1/2 Prozent aller gewerblich tätigen Personen. Davon wurden 79 Proz. in der eigentlichen Industrie beschäftigt, der Rest in Handel und Verkehr. Insgesamt waren in der Industrie der Großstädte beschäftigt 1 800 000 Personen, über 89 000 oder fast 5 Proz. Jugendliche. Im Handel und Verkehr betrug ihr Anteil nur gegen 3 Prozent. Betrachtet man dagegen die einzelnen Gewerkegruppen, so hat der Handel die meisten aufzuweisen, nämlich 17 1/2 Proz. aller Jugendlichen. 12 1/2 Proz. sind in der Industrie der Maschinen und Apparate beschäftigt, 11 1/2 Proz. im Bekleidungs-gewerbe, 11 1/2 Proz. in der Metallverarbeitung; ferner 7 1/2 Proz. in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, 6 1/2 Proz. im Baugewerbe, 6 1/2 Proz. in der Textilindustrie. In der Industrie der Leuchtstoffe, in den künstlerischen Gewerben und in der Gärtnerei sind nur 1/2 Prozent, im Theater- und Schaustellungsgewerbe gar nur 0,18 Proz. beschäftigt.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Justiz im Gebiete der Waldenburger Kohlenbünige ist wieder einmal von der Berufungskammer zu Schweidnitz erheblich korrigiert worden. Die Justiz in Waldenburg hatte einen Arbeiter, der aus Born über den Befehligen der Straßendemonstranten mit dem Feuerwehrschlauch eine absällige Bemerkung getan hatte, zu 14 Tagen Gefängnis (!) verurteilt! Sie hatte ferner einen anderen Arbeiter zu der unerhörten Strafe von drei Monaten Gefängnis verdonnert, weil dieser einem städtischen Arbeiter Knoblauch, der ihm den Wasserhahn ins Gesicht schickte, ein

mit dem Spazierstock verlegt hatte. (In dieser schwarzen Gegend geben sich Arbeiter leider immer noch zu Polizeidiensten her.) Vor Gericht beschwor R., nur diesen einen Schlag erhalten zu haben, während ein besonders eifriger Staatsanwalt, der Polizist Simon, unter feinem Tische auslagte, gesehen zu haben, daß R. sechs bis siebenmal geschlagen worden sei! Selbst als dieser Polizist darauf aufmerksam gemacht wurde, daß doch ein ziemliches Getümmel geherricht und er über 80 Meter entfernt gestanden habe, blieb der Polizist dabei, ganz genau gesehen zu haben, daß R. sechs bis siebenmal geschlagen worden sei, während R. genau weiß, daß er nur einen leichten Schlag, der ihm weiter nichts geschadet habe, erhalten hatte. Trotzdem erkannte das Waldburger Schöffengericht auf drei Monate Gefängnis! Die Strafkammer in Schweidnitz legte die erste Strafe auf 42 M. Geldstrafe, die zweite auf 8 Wochen Gefängnis herab — immerhin noch genug, um zu wissen, wie fern diese Richter dem wirklichen Leben stehen.

Gegen das System der Strohämmer im Baugewerbe richtet sich ein Urteil des Chemnitzer Landgerichts in scharfer Weise. Es handelt sich um das Vergehen gegen die Versicherungsgesetze. Der Baugewerke Richard Kiemer aus Dresden war beschuldigt, insgesamt 670,91 Versicherungsbeiträge den von ihm beschäftigten Arbeitern in Abzug gebracht, aber nicht zu Zwecken der Versicherung verwendet zu haben. R., der schon viermal wegen gleicher Vergehen bestraft worden ist, bestritt, daß er in diesem Falle der Zahlungspflichtig gewesen sei und nannte als solchen den Bauherrn, Protokoll des Bevollmächtigten der Gemeinamen Ortskrankenkasse Chemnitz die Zahlung der Beiträge für R., der Bauausführender war, übernommen. Dadurch hatte sich R. der Verpflichtung, sich um die Abführung der Beiträge zu kümmern, ledig gehalten. Die Ortskasse hat auch nicht ihn, sondern Schäfer als den Säumligen gemahnt, da dieser der übernommenen Verpflichtung zuwider nicht zahlte. Der Beschuldigte R. erschien durch die schriftlich zugesicherte Übernahme der Beiträge durch Schäfer selbst dem Vertreter der Staatsanwaltschaft genügend gedeckt, denn dieser ließ die gegen R. gerichtete Anklage insofern fallen, als er die Entscheidung in das Gemessen des Gerichts stellte und selbst einen Antrag auf Verstrafung nicht stellte. Nach langandauernder Beratung wurde das Urteil verkündet, das den bestimmt auf Freisprechung hoffenden Beschuldigten und seinen Verteidiger aus allen Himmeln fallen ließ. Es lautete auf drei Monate Gefängnis und einjährigen Ehrenrechtsverlust. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß R. als Bauausführender firmiert habe und als solcher zu gelten hatte; besonders in bezug auf die dem Bauausführenden zukommenden Verpflichtungen. Dazu gehörte die ordnungsmäßige Abführung der Versicherungsbeiträge an die zuständige Stelle, um die er auf alle Fälle besorgt sein mußte. Daran konnte auch die schriftlich zugesicherte Übernahme durch Sch. nichts ändern. Der Verpflichtete war und blieb R.

Opfer des Wahlrechtskaufes. Das Schöffengericht in Gottesberg hatte neun Teilnehmer an der großen Straßendemonstration vom 20. Februar zu Gefängnisstrafen von 3 bis 4 Wochen verurteilt, weil sie teils die Polizei beleidigt, oder auf erfolgte Aufforderung nicht auseinander gegangen sein sollten. Diese Strafen erschienen aber dem dortigen Bürgermeister Polike, der als Rechtsanwalt fungiert, noch nicht ausreichend, weshalb er Berufung einlegte. Die Strafkammer in Schweidnitz hat jetzt die Strafen fast durchweg auf das Doppelte erhöht und gegen die neun Angeklagten auf insgesamt elf Monate Gefängnis und 50 M. Geldstrafe erkannt.

Appetitliche Fische. Der Geschäftsführer der Norddeutscher Fischereigesellschaft, Filiale Nürnberg, Kabe, hatte sich vor dem dortigen Landgericht wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten. Es lag ihm zur Last, verdorbene Fische mit Kallilauge behandelt zu haben, um sie wieder gebrauchsfähig und zum Verkauf geeignet zu machen. Ferner soll er verdorbene Karpfen verkauft haben, ohne den Käufern mitzuteilen, daß es sich um umgestandene Fische handelte. Zum Reinigen von Fischen wurden Weizen verwendet, mit denen die Böden des Aborts und der Verkaufstafel gereinigt wurden. Weiter sollen mit Wissen des Angeklagten verdorbene Räucherwaren oberflächlich gereinigt und weiterverkauft worden sein. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß in mancher Woche 40 bis 50 Zentner Fische übrig blieben. Solche Fische, die so verdorben waren, daß man sie in Nürnberg nicht mehr verkaufen konnte, wurden nach Fürth geschickt, nachdem sie in Nürnberg mit Kallilauge behandelt worden waren. In Fürth wurden die Fische gebacken. Der üble Geruch, der sich dabei entwickelte, war so stark, daß sich die Nachbarschaft wiederholt beschwerte und der Fürther Filialleiter, wie er als Zeuge bemerkte, vom Magistrat öfter einen Rüssel bekam. Ein Zeuge behauptete, daß Karpfen, die vom Tierarzt bei einer Revision als unverkäuflich besetzt geschätzt wurden, durch Kabe wieder zum Verkauf kamen. Ein anderer Zeuge behauptete, daß Schellfische, aus denen vorher Würmer entfernt wurden, zum Verkauf kamen. Kabe soll einmal, als man beim Reinigen verdorbener Fische diese mit der Schaufel umkehrte, gesagt haben: „Von diesem Zeug möchte ich nichts, aber die Saubayern fressen's schon.“ Vom ersten Verkäufer Herter, dem jetzt selbst eine Anklage bevorsteht, behaupteten verschiedene Zeugen, daß er Verkäuferinnen, die sich weigerten, verdorbene Räucherwaren zu verkaufen, mit Schlägen bedrohte. Als der Fürther Filialleiter sich weigerte, noch weiter verdorbene Fische zu verkaufen, ließ Kabe im Nürnberger Geschäft ohne baupolizeiliche Genehmigung einen Fischbackofen errichten und bei Nacht die vorher mit Kallilauge behandelten Fische backen. Der Staatsanwalt bezeichnete das Verhalten des Angeklagten als ein Spiel mit der Gesundheit des Publikums und beantragte eine Geldstrafe von 1000 Mark. Das Gericht verurteilte Kabe nur zu 300 M. Geldstrafe. Eine Freiheitsstrafe wäre hier weit eher am Platze und würde sicher auch eine bessere Wirkung erzielen.

Ein Spionagegeschäft beschäftigt zurzeit wieder einmal das Reichsgericht. Es handelt sich um eine Anklage gegen den Kaufmann Albert Luch aus Mülhausen i. G., dessen Zwillingbruder Karl Luch, die verheiratete Anna Zarlenger, geb. Käßrecht, den Geschäftsganganten Alois Weiskopf aus Hagenau, alle bisher in Straßburg i. G. wohnhaft gewesen, und die Kellnerin Josefine Wau aus Billingen, derzeit in Badr wohnhaft. Die Anklage lautet auf Verrat militärischer Geheimnisse. — Die Verhandlung findet unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Verurteilung einer abligen Kindesmörderin. Vor dem Schwurgericht in Bourges erschien am 5. Juli Fräulein v. Gondalte unter der Beschuldigung, ihr neugeborenes Kind vergiftet zu haben. Das 17 Jahre alte Mädchen ist angeblich durch einen bei ihrer Mutter angestellten Chauffeur verführt worden. Als sie einem Kinde das Leben gegeben hatte, vergiftete sie es am zwölften Tage. Weder die Mutter noch eine Wärterin wollten etwas von der Geburt des Kindes bemerkt haben. Das Schwurgericht verurteilte die junge Ablichte zu 2 Jahren Gefängnis. — Die Scherlpreise klagt über Klassenjustiz, weil ungefähr zur selben Zeit eine Bäuerin von der Anklage des Kindesmordes freigesprochen wurde.

Hundertfünfzig Jahre Zuchthaus in einem Prozeß. Ein für italienische Schwurgerichtsverfahren recht charakteristischer Prozeß ist soeben nach viermonatigen Verhandlungen vor den Rissen von Bari zu Ende gegangen. Angeklagt waren sieben Personen von Altamura, die am 17. August 1905 (die Mächten der italienischen Gerechtigkeit mahnen bekanntlich langsam) den Grafen Domenico Pitti und sein Dienstmädchen ermordet, dann die Wohnung angezündet und verbrannt haben sollen. Nicht weniger als fünfzehn Rechtsanwälte wirkten bei dem Prozeß mit, und jeder redete durchschnittlich drei Tage. Das Ende war die Verurteilung von fünf Angeklagten zu je 30 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Polizeiaufsicht. Da es sich um einen Indizienprozeß handelte, verursachte das Urteil einen an Enttarnung grenzenden Schrecken. Der Verurteilte Montemaro erhob sich und erklärte, daß einer der Freigesprochenen, ein gewisser Cahil, die Tat mit anderen nicht angeklagten Komplizen ausgeführt hätte. Auftraggeber des Mordes wäre der Neffe des Ermordeten gewesen. Die Enthüllungen machten einen tiefen Eindruck, konnten aber nach erfolgtem Wahrspruch und Urteil das Schicksal der Angeklagten und des Freigesprochenen nicht ändern. Es bleibt den Verurteilten kein anderer Weg als die Anstrengung der Nichtigkeitsbeschwerde, der aber nur dann stattgegeben werden kann, falls sich etwa Formfehler in der Verhandlung nachweisen lassen.

Aus Nah und Fern.

Eifersuchtsdrama. In der Sedanstraße zu Schneeburg hat sich ein Eifersuchtsdrama abgespielt. Der 21jährige Eisenbahnwärter Ambrosius verunwundet nach vorausgegangenem Streit den 42jährigen Bankbeamten Marwede, zu dessen Frau Ambrosius in intimen Beziehungen stand, durch einen Schuß in den Unterleib lebensgefährlich. Er tötete sich dann selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich, wie aus Homburg gemeldet wird, Freitag nachmittag 4 Uhr auf der Chaussee Wehrheim-Münzingen. Der Chauffeur des in Bad Homburg zur Kur weilenden Lord Harriman-Randon machte mit zwei Kollegen eine Vergnügungsfahrt. In einer Kurve verlor er die Gewalt über den Wagen, der in den Wald geschleudert wurde. Der Chauffeur, ein Franzose, floh gegen einen Baum und war sofort tot. Einer der Mitfahrenden erlitt einen Beckenbruch, der andere leichtere Verletzungen.

Verstümmelt. Aus Hattingen (Kreis Bochum) wird gemeldet: Auf der Zeche Hagenwinkel wurden gestern durch herabstürzendes Gestein zwei Bergleute verletzt. Bisher sind sie noch nicht geborgen, auch sind keine Lebenszeichen von ihnen zu erhalten.

Ein zehnjähriger Mörder seiner Geschwister. Eine graufige Tat beging in dem westfälischen Orte Wickede ein zehnjähriger Junge, dem von seinen Eltern die Aufsicht über seine jüngeren Geschwister anvertraut war. Er fuhr in einem Kindersportwagen sein jüngeres Brüderchen an einen Teich und warf das Kind ins Wasser. Passanten fanden später den Leichnam des Kindes. Auch ein dreijähriges Schwesterchen jenes Burschen wird vermißt, das vielleicht gleichfalls den Tod gefunden hat, da der jugendliche Mörder sich anderen Kindern gegenüber geäußert hat, er werde seine Geschwister umbringen. Der Junge ist seit der Tat verschunden.

Liebesdrama? Gestern nachmittag feuerte in der Nähe des Münchener Vorortes Colln ein Mann auf eine ihn begleitende Frau, mit der er zuvor in einer Wirtschaft Wein getrunken hatte, einen Revolverschuß ab und verletzte sie schwer. Darauf tötete er sich selbst durch einen Schuß in den Mund. Die Personalien der beiden konnten noch nicht festgestellt werden.

Die moderne Fortschrittsbewegung. Eine amtliche Bekanntmachung, die — nicht zum Schaden ihrer praktischen Wirkung — von der üblichen bürokratischen Form gänzlich abweicht, allerdings aber auch stark an modernensationalen Geschäftsreklame amerikanischen Stils erinnert, findet sich in den Wäldern jener Stadt, die der Hauptmann und Schutzmacher Voigt berüchtigt gemacht hat. Von hundert zu hundert Metern leuchten dort von den Stämmen der Bäume dem Wanderer große, rote Plakate entgegen, in Wortlaut und Druck wie folgt:

Es muß anerkannt werden und erfüllt jeden Naturfreund mit Genugtuung, daß, wenn die Frühjahrsjahne am blauen Himmelzelt Bahnen der Spaziergänger und Ausflügler nicht mehr wie früher einen

Römertenschweif von Papier und Abfällen hinter sich lassen, sondern daß der Waldboden und die Erde einen erfrischenden, sauberen Eindruck machen und kein Bild der Verwüstung darstellen. Auch das Verbot des Rauchens findet immer mehr Beachtung, so daß die Zahl der waldbvernichtenden und aus Unachtsamkeit entstehenden Feuer entschieden zurückgegangen ist. Ein Walb, der durch Papier, Scherben, abgerissene Zweige usw. verunzigt ist, ist als Erholungsort dem Untergang geweiht, dagegen kann der Spaziergänger in einem sauber gehaltenen Walde nach der Woche Lust und Ruhe aufatmen. Bei der Liebe des Deutschen zum Walde, die ihm seit Jahrhunderten eigen und wohl in ihm emig leben wird, kann auch ferner auf Mithilfe des Publikums gerechnet werden, so daß die Waldungen um Berlin bleiben werden ein Vorbild für die Wälder bei anderen Großstädten und für die Besucher eine Stätte dauernden Wohlbehagens. Oberförsterei Köpenick, im Frühjahr 1910. Rottmeyer, Königlich Oberförster und Amtsvorsteher. Ein preussischer Oberförster und Amtsvorsteher, der seine Bekanntmachungen in eine gelesbare Form zu kleiden versteht, ist eine Seltenheit, die registriert zu werden verdient.

Abgezurzt. Die Zeit meldet aus Innsbruck: Vom Seehof sind drei reichsdeutsche Sommergäste, eine Dame und zwei Herren, abgestürzt.

Theater und Musik.

Stadthallen-Theater. „Madame Sans Gen“, Sardous früher viel gespieltes vieraktiges Lustspiel, erlebte am Donnerstagabend seine Wiedererweckung an unserer Sommerbühne. Das Stück ist nicht ungeeignet gemacht; es enthält sogar manche hübsche Szene und ist geistvoller und witziger, als die neueren Ergüsse der gleichen Gattung in der Regel zu sein pflegen. Eine wirklich gute Wiedergabe ist aber nicht so einfach, da das Stück viele Rollen enthält, deren ausreichende Besetzung an einer kleineren Bühne oft mancherlei Schwierigkeiten begegnet. Die wackeren Künstler des Stadthallen-Theaters gaben sich viele Mühe, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Das soll gern anerkannt werden. Nicht allen gelang es aber, ihren Willen in die Tat umzusetzen. Den Sergeanten und späteren Marschall Lesebre spielte Herr Becker temperamentvoll und mit dem richtigen militärischen Verstand. Herr P. Hohenfels gab die Herzogin von Danzig, die nie die Marktentenderin und Wälderin ganz verleugnet, so gut, wie es bei ihrer künstlerischen Veranlagung möglich ist. Die prächtige Frische und urwüchsige Natürlichkeit, welche dieser anmutigen Frau erst den besonderen Reiz verleihen, liegen jedoch anscheinend dem Naturell unserer so fleißigen ersten Liebhaberin fern: sie kann leider nur Surrogate dafür bieten. Ganz vortrefflich, auch in der Maske wirkungsvoll, war Herr Wichon als Napoleon. Der schlaue Fuchs Fouche hatte in Herrn Seidler einen gewandten Vertreter. Die Regie, von Herrn Wichon geleitet, hatte mit den vorhandenen Mitteln das Mögliche geleistet. Das Publikum bereitete der Vorstellung eine sehr freundliche Aufnahme. P. L.

Im Sanfttheater ging gestern die altbekannte Operette „Der Vogelhändler“ in Szene. Willy Bonin aus Berlin, der neue Tenor — mit dem die Direktion anscheinend einen recht guten Griff gemacht hat — sang den Stanislaus besser als er ihn darstellte. Er gab jedenfalls eine Leistung, die sich gut in den Rahmen des Ensembles einfügte. Der Künstler verfügt über eine wohlklingende, volle Stimme und errang sich lebhaften Beifall. Mehrmals wurde er auf offener Szene hervorgehoben. Die Besetzung der übrigen Partien war die gleiche wie bei der bereits besprochenen Aufführung im Stadthallen-Theater. Besonders erwähnt seien noch die Herren Huber und Jaccard als urkomische Darsteller der beiden Professoren. Die übrigen Darsteller gaben ihr Bestes. Das Haus spendete viel Beifall. Der Besuch hätte noch besser sein können. wd.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 41. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ministerstürzerei. — Die russische Arbeiterbewegung in den Zeiten der Reaktion. Von Alexandra Kollontaj. — Sozialdemokratie und Jugendbewegung. Von Heinrich Schulz. — Bergpflegestationen und Wanderarbeitsstätten. Von H. Bachhaus (Frankfurt a. M.). — Die Unterstützungsfrage — das Grab der Maifeier? Von H. Salzmann. — Literarisches Rundschau: Technische Monatshefte. Von Richard Woldt. Dr. Franz Erich Junge, Amerikanische Wirtschaftspolitik. Von M. N. Dr. Wilsons Paquet, Asiatische Reibungen. Von Karl Kadel. — Zeitschriftenauswahl. Das Ergänzungsheft Nr. 8, welches dieser Nummer beigegeben ist, enthält: Theologie oder ethnologische Religionsgeschichte? Eine Entgegnung auf Dr. Max Maurenbrechers „Biblische Geschichten“. Von Heinrich Cunow.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

14. und 15. Distrikt.
Versammlung am Montag, dem 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“

Die Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hoch erfreut an
Hermann Klemm u. Frau, Anna, geb. Friede.

Männer-Gesang-Verein
Vorwärts, Schwarzau.

Am Donnerstag, dem 7. Juli, starb unser langjähriges Mitglied
Wilhelm Schön.
Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 11. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr, von Tremskamp aus statt. Abmarsch der Mitglieder 3 Uhr von Hotel Kronprinz.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, dem deutschen Transportarbeiterverband, insbes. Herrn Pastor Legtmeyer für seine trostreichen Worte am Sarge des lieben Entschlafenen auf diesem Wege meinen aufrichtigen Dank.
Marie Schlichting, geb. Könpage, nebst Kinder.

Sage den Kollegen vom Dampfer General-Konjunkt Giesejeß für die mir überwiesene Unterstützung meinen aufrichtigsten Dank.
F. Jekstadt, Engelwisch 10, 1.

Zu verm. eine Parterre-Wohnung, 2 Zimmer und Zubehör
Gneissenaufstraße 2.

Unserm Onkel Wilhelm zu seinem 45. Wiegenfeste ein 999 mal donnerndes Hoch.
Dat harst di woll nicht dacht?
Zu sofort oder später: **Zwei freundliche Wohnungen** an durchaus ordentl. Leute preisw. z. verm. Näh. bei Schnepf, Wasserweg 2, Mühlent.

Zu verm. z. sof. o. 1. Okt. eine **Zweistubenwohnung** m. Zub. an Leute ohne K. Steinrader Weg 7 a.

Eine Wohnung zu vermieten z. 1. Oktober
Bei der Lohmühle 1.

Gesucht zum 1. Oktober eine 2- u. 3-Zimmer-Wohnung im Pr. von 200-250 M. von Leuten m. 1 Kind.
Ang. u. W O an die Exp. d. Bl.

Zu vermieten **Dreistubenwohnung** mit Zubehör
Brießstraße 4.

Wohnung zu vermieten an einzelne Leute Lichte Querstr. 11/9.

Preisw. zu verk. ein Haus in der Mittelstr., enth. 2 Wohn. a 3 Zim., Keller, Boden usw. Ang. n. Über-einkunft. Näh. Schlumacherstr. 5/14.

Zu verkaufen starkes gut erhaltenes **Fahrrad** billig.
Eisermann, Gneissenaufstr. 6.

Eine fast neue **Chaiselongne** billig zu verkaufen
Moisklinger Allee 15, pt.

Empfehle meine **Weine und Spirituosen im Kleinverkauf.**
Rud. Storch, Friedenstraße 43.

Herzlicher Sonntagsdienst
 Sonntag, den 10. Juli (v. 1 Uhr ab):
 Dr. med. Schwarzweiller, Breitenstr. 1, I
 Dr. med. Paul Reuter, Mühlenbr. 5a
 Dr. med. Dade, Fischerstraße 58, I.

Dr. Schuhr

bis zum 13. Juli einschließ-
 lich verweist.

Zu verkaufen 215 Meter rot u.
 weißen Dekorationsstoff, passend z.
 Volksfest, fow. mehr. Schanksäulen.
 Näh. F. Leske, Schwarz. Allee 70 b.

1 Rest billige Lämmer von
 8 Mk. an sowie 1 gr. Schaf mit
 2 Lämmern.

Wakenitzpauer 86.

Goldene und silb. Uhren

gut und billig.
 L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft,
 Altdienststr. 35.

Es ist Tatsache, daß ich die meisten
 Verlobungsringe an meine
 Arbeiter-Kundschaft verkaufe.
 G. Breutzfeldt, Goldschm. Sandstr. 4.

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von
 Lübeck **Otto Albers** Kohim.
 Markt 4 10

sind vorteilhaft bekannt durch
 gute Verarbeitung u. sehr billige
 Preise. U. a.:

Lederhosen . . . 2.20—6.45
 Maurerhosen . . . 2.60—6.75
 Schlofferhosen . . . 1.88—5.25
 Überziehhosen . . . 1.08—2.35
 Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25
 leinene Jacken, Schräge u. gerade,
 1.28, Käjen, Hemden, Schlachter-
 jacken, Friseurjacken, Wälermäntel
 ertauslich billig. Mützen von 30
 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

Täglich
 in allen Verkaufsstellen:
 Frisches

Kraft-Dauer-Brot

C. Siemers, Struckmühle.
 Fernsprecher 1110.

Ihre beliebtesten Fabrikate und
 Waren hält die Firma

H. L. Wiegels

normal J. C. Bunge bestens
 empfohlen!
 Effigfabrik: gegründet 1825.
 Spezialität: Konferv.-Dongessig.
 Perings-Großhandlung.
 Marinier-Anstalt.

Spezialität: Delikatess-Kollmops.
 Sämtliche

Brennmaterialien

liefert zu Sommerpreisen.
Johs. Spötter

Moising.
 Bickbeeren
 in Körben von 8—10 Pfd. a 18 Pf.
 empfiehlt C. Prestin, Depenau 13.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
 auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Willy Koch

:: Zahntechniker ::

Lübeck, Holstenstrasse 21.

Beerdigungs - Institut „Pietät“

H. GRIMM, Wickedeistr. 49.

Fernsprecher 1424.

Übernahme ganzer Beerdigungen
 Überführung m. eig. Transportwagen
 Gr. Lager v. Särgen u. Einkl. jed. Art.

Schauellaternen

empfehle Händlern u. Vereinen

Carl Ehlert, Allee 85.

Alleinvertrieb f. Lübeck u. Umgegend.

Versammlung

sämtlicher
 bei den Holzpediteuren
 beschäftigten Arbeiter

am Montag, 11. Juli,
 abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung wird in der Ver-
 sammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.
 Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Am Sonntag, dem 10. Juli:
Tour nach Wittenburg.

Abfahrt 5 Uhr morgens Mühlen-
 torbrücke. Fahrwart V.
 Der Vorstand.

Achtung!

Allen Festteilnehmern zum
 Schwartauer Gewerkschafts-
 fest wird bekannt gegeben,

daß die Hafenfähre fahr-
 planmäßig 1 Uhr und 1 1/2
 Uhr fährt.

Das Komitee.

Gutschein!
 Gültig bis zum 15. Juli 1910.
 Beim Einkauf von Zigarren und Zigaretten im Be-
 trage von 1,00 Mk. an nehme ich diesen Gutschein mit
 10 Pfennig in Zahlung.

Zigarren-Versandhaus „Hansa“
Hans Sterly
 Fernsprecher 1297. Lübeck, Mühlenstraße 19.
 Zweiggeschäft: Schönberg in Mecklenburg.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

General - Versammlung

am Montag, dem 11. Juli 1910

abends 8 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 2. Quartal.
 2. Wahl des Arbeitsnachweiskontrollenrs und sämtlicher
 Bezirkskassierer.
 3. Der paritätische Arbeitsnachweis.

Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50—52.

Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.

ff. bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12—2 Uhr.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

(Zweigverein Lübeck).

Einladung zum Sommer-Fest

bestehend in

Konzert u. Ball, sowie Herren-, Damen- u. Kinder-Vergnügen

am Sonntag, dem 10. Juli 1910,

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei; einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe

Das Komitee.
 Die vorverkauften Karten behalten Gültigkeit.

Gesangverein „Eintracht“

BALL

am Sonntag, dem 17. Juli 1910

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
 Der Vorstand.

Nach Travemünde

jeden Sonntag mit Dampfer „Pirat“.
 Ab Travenpavillon 2 Uhr. Rückfahrt 7 1/2 Uhr.
 Fahrpreis 50 Pfg., bei gleichzeitiger Lösung der Rückfahrkarte diese
 30 Pfg., Kinder halbe Preise. — 4 Uhr: Fahrt in See.

Nach Büssau, Cronsforde, Krummesse

am Sonntag, dem 10. Juli mit „Emanuel Geibel“.
 Ab Travenpavillon 1 1/2 Uhr. Rückfahrt 7 Uhr.
 Fahrpreis: Einfache Fahrt 30, 40, 50 Pfg., Kinder halbe Preise.
 Sophienstraße anlaufend.

Konzerthaus Heinrichshof.

Seden Sonntag: Tanzkränzchen.
 Rateburger
 :: Allee. ::
 Anfang 5 Uhr.
 Ende 1 Uhr.

Volksgarten

(früher Tiergarten).
 Angenehmer Familienaufenthalt. —
 Mäßige Preise. — Gute Bedienung.
 Ca. 1000 Sitzplätze bei jeder Witterung.
 — Großer schattiger Garten.
 Für Sommerfeste bestens geeignet.

Am Sonntag
 den 10. Juli

Tanzkränzchen

in nachstehenden Lokalitäten:

FLORA.

Großes Tanzkränzchen.
 Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Eintritt frei. Max Siems.

Wakenitz-Bellevue.

Sente, Sonntag:
 Tanzkränzchen.
 H. Fährböter.

Friedr. Franz-Halle

Großes
 Tanzkränzchen.
 Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.
 L. Stamer.

Louisenlust.

Gr. Tanzmusik.
 Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
 Johs. Benn.

Hansa-Halle.

Großes Tanzkränzchen
 Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
 C. Kühn.

Friedrichshof.

Großer Tanz.
 Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
 Eintritt frei. J. H. Hagelstein.

Adlershorst.

Jeden
 Sonntag:
 Tanzkränzchen
 Empfehle dem geehrten Publikum
 meinengroß., schattigen Garten.
 Spielplatz mit verschiedenen
 Turngeräten für Kinder.
 Rudolf Griesbach.

Neu-Lauerhof

Jeden Sonntag:
 Gr. Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag von 5 Uhr an:
 Gartenkonzert.
 Von 5—1 Uhr:

Tanzkränzchen

bei günstiger Witterung auch im
 Garten auf einem neuen Tanzsaal.
 Neu! Kinderspielplatz! Neu!
 Angenehmer Familienaufenthalt!
 Eintritt frei!

Brauerei Fackenburg.

Sonntag, den 10. Juli 1910:
 Großes Familientanz-
 kränzchen.

Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Gasthof

Zum Riesebusch

Schwartau.
 Zum Gewerkschaftsfest
 empfehle mein Lokal und Garten.
 Gute Speisen und Getränke.
 Aufmerksame Bedienung.
 Von 4 Uhr an: Große Tanzmusik.
 Hierzu ladet freundlichst ein
 Gotthard Strunck.

Stadthallen - Theater.

Sonntag 7 1/2 Uhr. Außer Ab.

Doppel-Caspienspiel des Herrn Ed.
 Goebel und Willi Bonin.
 Zum letzten Male.

Der Bettelstudent.

Operette in 3 Akt. von Müllscher.
 Symon — Eduard Goebel.
 Jan — Willi Bonin.
 Montag keine Vorstellung!

Sehr preiswert!
 Sonntag früh von 7 1/2 bis 9 Uhr
 einen großen Posten, ganz frisch gesalzen,
Schwanzen, Pfoten und
Schweinefleisch,
 diesmal ganz besonders schön,
das Pfd. nur 10 Pfg.
 Verkauf in der Fabrik Beim Ketteich 14.
Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik
 August Scheere.

Zum roten Löwen.
 Heute Sonntag, den 10. Juli 1910:
Grosses Vogelschiessen
 verbunden mit **Tanzkränzchen.** Anfang
 mit 4 Uhr.
 Die Gewinne bestehen in Silberjahren.
 Hierzu ladet freundlichst ein
 W. Mihr.